H Pohl

konspi-Ausgabe

1,- DM

INFO BERLINER UNFASSBARER GRUPPEN 181

PREIS: 1.- FÜR DIE SOLIDARITÄT MIT DEN VERHAFTETEN DRUCKERN



DIE CHAOTEN HABEN EINE LANGE TRADITION..!





DER DISPUT UM SEIN ODER NICHTSEIN UNSERES UNENTBEHR STELLT UND AUFGEFÜHRT VON INSASSEN DES UNDOGMATISC

Beim Verkauf der Nr. 180: In einer Charlottenburger Genossenkneipe, Altgenosse mit Halbplatte und Vollmatte im Dämmerlicht hinterm Tresen:"Hier sieh mal das Info!" Er äugt schüttelt das Haupt: "Ne, kriegen wir schon so." "Wie bitte?" Na von den Leuten dies immer machen!"-! "Na ja, das sind wir diesmal. Willste 2o Stück?" Langsam wird er ungeduldig:Verstehste nich," knarrt er und zeigt auf den Tresenschrank, wo die "Dokumentation" hängt und im Wind der Geschichte flattert, "wenns det Info wieder gibt, nehm ichs ooch."VerzweiflungsXXX schrei meinerseits: Aber das isses doch! Müdes Abwinken seinerseits:Det? Da weiss man doch gar nich, von wem det is, nee, det will ick nich. Von ähnlich denkenden Genossen hatten wir uns ne Auflage von nur 1ooo Stück aufjammern lassen. Die waren dann in zwei Tagen alle. Zwei Tage später erscheint ein Doppelblatt"INFOuntergehender Gruppen 179,5" mit zwei Vorschlägen zum künftigen Info-Konzept. Beide Texte hätten auch in der 18o stehen können, - die viel beschworene Zensur(heimliche) durch heimliches Machen war jedenfalls nicht die Ursache- die Wege waren beleuchtet.....! 179,5- das macht uns traurig. Es ist das Totschweigen, die verlegene, feige Stille. 181, das hätte uns gefreut, wir hätten mit 182 reagiert, und das wäre schon die Verwirklichung des neuen Info-Konzepts gewesen, wie wir es und vorstellen. Aber jetzt erst mal zu zu den beiden anderen Vorschlägen: Der Kreuzberger- ich nenne ihn FR= Friedliches Rotieren- sorgt sich nicht um den Widerspruch Konspirativität- Offenheit- sondern wischt ihn vom Kaffeetisch:(1)

sachlich(2) heisst hier das Zauberwort. In den endlosen Vorredaktionssitzungen der letzten Wochen hiess es immer "redaktionell verpacken". Jetzt: sachlich. Inhaltlich wird es immer sein: ZENSUR, und zwar von oben, durch uns selbst, als Selbst-Zensur auftretend, - und seis nur, um die Genossen Drucker, Depotverwalter, Kneipiers, Handverkäufer und vielleicht sogar Leser zu schützen.Liebe Feuerwachengenossen, ihr sagt deutlich, warum wir kein "konspiratives" Info machen "können".Gut, wir zeigen euch, wie wir es machen, wobei wir lernen, wie wir es machenmüssen.

Wir spüren kein Misstrauen(3), wenn wir uns gegen die Bullen fester zusammenschliessen.Wir lernen uns gegenseitig besser kennen, und erleben gemeinsam, wie man die Angstvor dem Knast verliert. Wir erfahren: In dieser Gesellschaft heisst leben kämpfen, . Wer leben will, muss kämpfen. Wer kämpft, wird leben - in der Legalität, im Untergrund, im Knast, auf allen Ebenen.
Aber zurück auf den Boden:Dienstag morgen, 3o.12., Westberlin. 17 WGs gerazzt, die Bullen suchen nach Papier, Büchern, Handschriften. Schreibmaschinenchecks, ED-Behandlung, auch mit Gewalt. Ein liegengelassenes Antifa-Archiv ausgeräumt. Na bitte, hör ichs raunen, Info. Denkste, : Durchsuchungsbeschlüsse alle vom 16.September, betreffs Schleyer, Ponto uvam. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Betroffen: Leute, diesich um Licht in die Dunkelheiten des Staates bringen kümmern. Reste einer

DOKUMENTATION DER 179,5-INFO-KONZEPTE : F.R.

VORSCHLAG DER STADTTEILGRUPPE KREUZBERG 36
(EHEMALIGE "FEUERWACHE")

Zur Konzeption eines neuen INFOs (anderer Name ?)

Das INFO soll legal sein, öffentlich gemacht und vertrieben werden.
Wir halten nichts von einem illegalen Untergrund=info, weil die Zeitung dann nur von "Eingeweihten" gemacht,vertrieben und gelesen werden könnte. Legale Gruppen hätten nur eingeschränkte Möglichkeiten, darin zu veröffentlichen. Kleinanzeigen wären nicht möglich. Inhalt und Form wären nicht kontrollierbar, weil nur "feste" Leute die Zeitung machen könnten und ein Untergrundvertrieb und -druck dann notwendig wäre, wobei Mißtrauen untereinander und Angst vor dem Knast die Athmosphäre in der Gruppe belasten und bestimmen würde. (3)
Genausowenig sind wir für eine feste Redaktion, weil dann die Gefahr besteht, daß das INFO nicht mehr die Kommunikationsprozesse zwischen den einzelnen Gruppen widerspiegelt, sondern sich eine redaktionelle Linie durchsetzt, die abhebt von dem, was real passiert, weil die Zeitungsmacher dann nur noch Zeitung machen.
Das alte Konzept beinhaltete, daß vom Anspruch her zwar alle mitmachen konnten, doch sich "feste" Leute durchsetzten. Einerseits wurde in der scene ständig beklagt, daß z.B. sehr viele Schwachsinns=artikel im INFO stehen, bestimmte Gruppen anteil=mäßig zu viele Artikel veröffentlichen (Rote Hilfe, Antifa-Gruppe), die äußere Form (Layout) zu unüber=sichtlich ist usw., andererseits konnten sich zu wenig Gruppen und Individuen aufraffen oder trauten sich nicht, diese Mißstände am INFO zu verändern und es so zu gestalten, daß es ihren Vorstellungen entsprach.
Unser Vorschlag: das INFO soll nach dem Rotations=prinzip jeweils wöchentlich von einer anderen Grup=pe gemacht und verantwortet werden. Einige von uns meinen, daß, wenn sich aus der jeweiligen Gruppe eine(r) presserechtlich verantwortlich erklärt für den Inhalt, die Drucker,Vertreiber und Verkäufer besser vor der strafrechtlichen Verfolgung geschützt werden könnten. Dabei ist uns klar, daß es eine rechtliche Absicherung nicht gibt, aufgrund der Paragrafen 88a und 13o a ist es nach wie vor eine Ermessensfrage der"staatlichen", wen sie sich zuerst krallen. Aber wenn sich eine(r) aus der je=weiligen Gruppe verantwortlich erklärt, d.h. ohne Tricks, dann ist gewährleistet, daß die Inhalte so sachlich sind, daß man öffentlich dazu stehen und auch gegen Staatsschutzaktionen mehr machen kann. (dies muß noch genau diskutiert werden.) (2)
Ein anderer Teil unserer Gruppe ist der Meinung, daß das Risiko, daß die presserechtlich verantwortlichen konkret für die Inhalte haftbar gemacht werden und sich nicht mehr aus der Affäre ziehen kön=nen, ungleich größer ist als die Möglichkeit, dei Drucker, Vertreiber und Verkäufer zu schützen, weil sich die entsprechenden Paragrafen auf alle Leute zwischen Artikelschreiber und Leser bezie=hen.
Die Artikel werden wie bisher zentral (z.B. Mehringdamm) gesammelt, die jeweilige Gruppe diskutiert sie und sollte bis zum Layout Zeit haben, eventuell zu beraten, wie man besondere Artikel bringt, z.B. mit einer Stellungnahme dazu o.ä.
Dafür ist ein fester Redaktionsschluß bis Freitagabend notwendig, Ausnahmen für das Einreichen der Artikel nur in dringenden Fällen. Wenn die Gruppe sich bei gefährlichen Artikeln nicht einig werden kann, ob er gedruckt werden soll oder nicht, könnte der Artikel mit Kommentar bezw. mit einem Gegen=artikel dazu erscheinen oder die Gruppe überläßt ihn der nächsten zur Diskussion. (1)
Die Diskussionsprozesse innerhalb der Gruppen wer=den veröffentlicht, damit die Zeitungsmache durch=schaubar bleibt.
Die Gruppe sorgt für das Layout, evtl. auch für eigene Inhalte, den Transport zu und von der Druckerei und bezahlt das InFO dort sofort, damit die nächste Gruppe nicht für die Schlamperei der letzten zahlen muß. Das Zusammenlegen und der Ver=trieb läuft ab wie bisher.
Einmal im Monat gibts ein Plenum aller Gruppen und Individuen, die mit dem INFO in Zusammenhang ste=hen. Dort werden zuerst die organisatorischen Sa=chen geklärt, wozu auch die Bestimmung der nächsten vier INFO-Mach-Gruppen gehört, dann folgt die in=haltliche Diskussion. Die Gruppe, die jeweils das letzte INFO gemacht hat, "sorgt" dafür, daß das Plenum ein bischen gemütlich (bei Tee und Früchte=brot bezw. Kaffee und Kuchen) wird, alle können mal was dazu tun, daß die Athmosphäre nicht so politverkrampft und Chaotisch-beziehungslos wird !

LICHEN UN(D) GELIEBTEN WOCHENBLÄTTCHENS, DARGE HEN HOSPIZES DESACH DU LIEBEN AUGUSTIN ZU WESTBERLIN

Öffentlichkeit um Stammheim, moabit, Mogadishu und Paris. Wie vorher das INFO und Agit. Wie danach alle, die überhaupt was gegen das System auf die Beine stellen. Das beste am FR-Vorschlag ist das Rotieren.

Der Neuköllner Vorschalg macht Mut. Bis zum Satz: (4)
"Die se Möglichkeit sollte nur im äußersten Notfall verwendet werden."

Ist es noch nicht so weit? Erinnern wir uns der Eskalation der letzten Info-Monate: zuletzt drei Drucker im Knast, das Info erscheint vier Wochen nicht mehr, die gesamte Info-Linke beisst sich die Zähne aus an dem Widerspruch Konspiration- Offenheit ist paralysiert, zerstritten, misstrauisch, verfehdet, und wurstelt aneinander vorbei. Die unorganisierte Geheimhaltung hat einwüstes Chaos geschaffen.

Das Neuköllner Konzept "SDM-Schutz durch Massen" zaubert uns in diese trostlose Wüstedie Fata Morgana eines Beiratabgesicherrten Massen-Infos. Aber: das Wasser in dieser Oase ist nicht geniessbar. Eine Fata Morgana. Der Staatsschutz wird sich einen Dreck um einen undurchsichtigen Haufen von 3o zwar bekannten, aber nicht dingfest zu machenden Impressums-Gruppen kümmern. Er wird, wenn ihm auch nurein Spruch, ein Artikel nicht passt, zugreifen: bei den Druckern, den Verkäufern, den inflagranti erfassten Machern. Schlimmer noch: das Wissen um diese traurige Tatsache wird jede Redaktionskonferenz überschatten., jede Diskussion um heisse Beiträge. Wir werden im INFO nicht mehr alles sagen können, was wir wollen. Wir werden uns wieder mal einen Ast unseres Lebens absägen! SDM zielt auf zwei Fliegen mit einer Klappe: (5) Breites Inhaltsspektrum +breite Trägerbasis ; wird aber die erste nicht fassen: das Inhaltsspektrum wird dort enden, wos dem Staatsschutz passt.

Wir schlagen eine Verbindung aller Konzepte vor:

★) Die Gruppen wechseln sich beim Info-Machen ab

★) Jede Gruppe ist dabei autonom: Frage des Inhalts, der "Zensur", der Offenheit, des Impressums, des Vertriebs und der rechtsanwaltlichen Beratund bezw. Betreuung regelt der Haufen selbst.

★) JedeGruppe gibt das ganze Know-how weiter, das sie beim Machen gebildet hat. Notfalls auch geheim zu halten.

★) Alle arbeiten vertrauensvoll zusammen. Eine öffentlich ausufernde Laberei über "interne Zensur", nicht ausgehändigte Karteien oder Beiträge oder Markbeträge oder sonstwas müsste aus Sicherheitsgründen begrenzt bleiben, das heisst, muss intern, konkret und direkt laufen.

★) Wir lernen weiter, was in ein paar Jahren jede BI jede Knastgruppe, jedes linke Kneipenkollektiv beherrschen muss: ein Stück in den Untergrund gehen, um den aufrechten Gang nicht zu verlernen.



Kraftwerksgruppe Neukölln

SDM

Wir haben zuerst festgestellt, was für ein INFO wir wollen. Nach langem Hin und Her ist dabei rausgekommen, daß wir keine inhaltlichen Abstriche machen wollen. Worauf wir verzichten können, sind provozierend wirkende Sprüche wie "Macht aus Rebmann Rebhuhn", weil sie inhaltlich auch nichts sagen. Wenn aber morgen ein Anschlag auf Rebmann erfolgen würde, dann muß die dafür verantwortliche Gruppe sich im INFO dazu äußern können, dann muß über so einen Akt auch im INFO eine Diskussion möglich sein !

Spätestens hier geraten wir mit Staatens in Konflikt, weil "befürhwortende" Stimmen nicht ausbleiben werden und auch nicht unterdrückt werden sollen. Zeichnet für solch einen Artikel eine greifbare Person verantwortlich, so ist sie dran. Das führt über kurz oder lang dazu, daß für manche Artikel niemand mehr verantwortlich zeichnen will, weil die Geldstrafen untagbar werdèn (wie z.B. beim "Blatt" in München) oder gar Haftstrafen drohen. Wenn keine greifbare Person verantwortlich zeichnet (also z.B. Verantwortlicher im Ausland, scheintot, sowieso im Knast, unbekannt verzogen usw.), dann sind die Drukker dran; wenn die nicht greifbar sind, gehts an Leute, die das INFO verkaufen, vertreiben oder sonstwie zugänglich machen.

Es wäre zwar möglich, das INFO heimlich zu drukken, zu vertreiben usw. Aber das bedeutet:

a) sehr viel mehr Zeitaufwand wegen der Sicherheitsvorkehrungen
b) einen beschränkteren Kreis von Leuten, die das INFO kaufen
c) einen beschränkten Kreis der Leute, die das INFO inhaltlich gestalten

Diese Möglichkeit sollte daher nur im äußersten Notfall verwendet werden. (4)

Es ist auch nicht damit getan, sich von dem Inhalt bestimmter Dokumente zu distanzieren. Der Paragraf 88 a hat vorgesorgt. Die Justiz kann eine solche Distanzierung als nicht ernstgemeint oder Pro-forma-Distanzierung abtun. Warum sollten sie auch nicht ? Dafür haben sie schließlich den § 88 a gemacht.

Es bleibt unserer Meinung nach nur noch eine politische Absicherung übrig, da die Gesetze eine juristische Absicherung des INFOs nicht mehr möglich machen. Politische Absicherung bedeutet, daß wir klarmachen können, daß so viele Leute hinter dem INFO stehen, daß sich der Staatsanwlt überlegen muß, ob er gegen uns vorgeht, weil er vielleicht zuviel Staub aufwirbelt, wenn er zuschlägt. Beim "Informationsdienst" (ID) besteht diese politische Absicherung in einem Beirat, der aus bekannten liberalen und linken Intellektuellen besteht. Gegen den ID hat es zwar schon oft unterschwellige Schikanen gegeben (Verzögerung durch die Post, Nichtaushändigung im Knast), aber es ist unsres wissens noch nie eine Nummer beschlagnahmt worden.

Der ID-Beirat ist nur ein Beispiel einer politischen Absicherung. Für das INFO schlagen wir vor, daß möglichst viele Gruppen als Herausgeber auftreten. Wenn in Zukunft im Impressum des INFo z.B. 3o öffentlich arbeitende -womöglich auch gut bekannte- Gruppen allesamt sich für den Inhalt verantwortlich zeichnen, dann weiß der Staatsanwalt, daß er es mit vielen zu tun bekommt. Ein Schlag gegen dreißig Gruppen dürfte auch die liberale Öffentlichkeit wieder auf den Plan bringen, die sich jetzt erstmal sehr vorsichtig verhält.

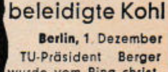
Voraussetzung wäre allerdings, daß sich eine genügend große Anzahl von Gruppen einigt, gemeinsam verbindlich das INFO herauszugeben und sich auch darüber einig ist, keine Diskussionen zu unterdrücken. Wir glauben, daß dies dann dem INFO genügenden politischen Schutz geben könnte. Daß das INFO jetzt zerschlagen werden sollte, liegt unsrer Meinung nach auch daran, daß der Staat glaubte, er hätte ein leichtes Spiel, weil sich nur noch wenige mit seinem Inhalt und seiner Gestaltung identifizieren würden. Teilweise hat sich das ja auch bewahrheitet. Wenn das INFO nun wieder aufgrund eines gemeinsamen Beschlußes möglichst vieler Gruppen erscheint, so würde das auch im Inhalt zur Folge haben, daß sich die einzelnen Gruppen häufiger darstellen. Das würde die inhaltliche Breite vergrößern, ohne daß dabei auf die "verbotene" Diskussion verzichtet werden muß. Vielleicht wird dadurch das INFO auch für Leute wieder attraktiv, die jetzt sagen, "da stehen doch nur Guerilliaartikel drin und individuelle Auspissereien". Und Abgesehen davon, wäre es echt ganz gut, wenn sich im INFO häufiger die arbeitenden Initiativen äußern täten, war ja auch ein alter Anspruch, der aber nur von wenigen Gruppen wahrgenommen wurde. Wir sollten die Gelegenheit nutzen und gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: ein INFO mit breitem Inhaltsspektrum, getragen von einem möglichst weiten Zusammenschluß undogmatischer Gruppen ! (5)

Vencere mos! Freiheit und Glück!

LITERATUR IM STRAFVOLLZUG-
eine Veranstaltung in der Lehrter Strasse

Es waren etwa 25-3o Frauen da, und fünf Leute vom Verband Deutscher Schriftsteller (VS) Geplant war, dass die Schriftsteller kurze Texte lesen und dann mit den Frauen diskutieren sollten. Danach sollte ein Gespräch mit der Anstaltsleitung und deren Mitarbeitern stattfinden.
Ich hab keinen Bock, über die Veranstaltung zu berichten- ausser über die Sachen, die ich für wichtig halte:
1. Die Frauen hatten vor drei Tagen versucht, für eine der Frauen, die starke Schmerzen am Kiefer hatte, einen Arzt zu bekommen. Nach vielem Zoff kam dann auch ein Anstaltsarzt, aber kein Zahnarzt. Der meinte, die Schmerzen wären nicht so schlimm, und das ganze wäre nicht akut und ging wieder. Darauf machten die Frauen Krach. Resultat: Alle haben vier Wochen Freizeit-Sperre. Was das heisst? Statt ab vier Uhr offene Zellen bis abends zehn, werden alle ab vier Uhr eingeschlossen. Und die Pastorin, die bei der Veranstaltung dabei war, beklagte sich, es ei keine Solidarität zwischen den Frauen vorhanden. Wo sie aber verschwieg, auf welche Weise Solidarität- die ja ganz offensichtlich vorhanden ist- von oben bestraft wird!
2. Bei einer Zellen-Filze wurden Rauschgift-Hunde eingesetzt. die bellten die ganze Nacht. Die Razzia begann um halb elf nachts. Teilweise wurden die Zellen verwüstet. Anstaltsleiter Hübner: Gefunden wurde nichts. Das war aber auch nicht zu erwarten, weil die Hunde sowieso nur zu einer Höhe von zwei Metern riechen können. Alles was oberhalb versteckt gewesen sein könnte, war also sowieso nicht erreichbar. Auf die Frage, warum dann der Terror mitten in der Nacht: Hübner: "Die Einschüchterung ist auch nicht zu unterschätzen. "
3. Im Juni gab es in der Lehrter eine eigene Knast-Zeitung. Genau eine Nummer lang. Dann wurde sie verboten. Warum? Dazu die Pastorin: Es war nicht sorgfältig genug recherchiert worden.
Dazu die Frauen: Wie sollen wir das denn machen? Tatsche ist, dass in der Lehrter nichts läuft. Dazu die Psychologin: Über 7o% der Frauen sind Heroinabhängig. Von den andern ist ein grosser Teil Tablettensüchtig. Die Frauen liegen apathisch in den Zellen rum.
Wir haben davon nichts gemerkt. Die Frauen waren voller Power und Kraft. Sie wollen was machen. Aber sie werden daran gehindert. Da fragt man sich: Wer hat ein Interesse daran, dass sie apathisch rumhängen? Oder wie hättens Sies gerne, Herr Hübner?

Herr Hübner verriet auch das: Ein Neubau ist geplant, mit Trennscheiben zwischen Besuchern und Gefangenen, und anderen Sachen, die eine "totale Abschottung nach aussen" bedeuten. Damit will man dem Sucht-Problem begegnen. Die Fragen: Wieso sind eigentlich Drogen-Abhängige im Knast? Wieso gibt es eigentlich Drogen-Abhängige? werden ausgeklammert. Das ist schliesslich nicht das Bier der Anstaltsleitung.
Also, ich kann nur sagen: Du gehst als Liberaler in so ein Ding rein und kommst als Radikaler wieder raus. Sie werden die Frauen nicht kleinkriegen, niemals. Aber es ist deren Leben, was dort unter Druck und Gewalt reduziert wird. Es sind deren Kinder, die unterdessen in Heimen vergammeln. Das ist unser Bier.
REISST DIE MAUERN EIN, HOLT DIE MENSCHEN RAUS!!!!!!!
Fangt damit an, indem ihr Besuche macht, Briefe schreibt! Macht den Knast durchlässig! Helft den Frauen, ihre Scheisse zu veröffentlichen! Wer Adressen will, oder wissen will, wie man das macht, soll seine Adresse mit kurzem Hinweis an die Leute geben, die diese Zeitung verteilen. Es wird weitergeleitet. Der Rückweg ist genauso: Gleiche Stelle, gleiche Welle.



TU-Präsident beleidigte Kohl

Berlin, 1. Dezember
TU-Präsident Berger wurde vom Ring christlich-demokratischer Studenten kritisiert. Er habe am Dienstagabend den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl beleidigt. Die RCDS-Veranstaltung mußte von der TU ins Ernst-Reuter-Haus verlegt werden, weil 3000 Demonstranten den Hörsaal besetzt hatten.

Berger zeigte Zivilfahnder an

Gegen einen in Zivil eingesetzten Polizisten, der bei den Störungen der Rede des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl in einer Veranstaltung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) am Dienstag einen studentischen Teilnehmer körperlich angegriffen hat, wurde von TU-Präsident Berger Anzeige wegen Körperverletzung erstattet. Wie Berger als Augenzeuge des Vorfalls gegenüber dpa berichtete, sei der Student von dem Polizisten in Zivil durch den Raum geschleift und geschlagen worden, daß er aus der Nase blutete.

Berger teilte ferner mit, er habe zuerst einen uniformierten Polizeibeamten gebeten, gegen den Zivilbeamten vorzugehen und ihn an der Körperverletzung zu hindern. Dies habe der Beamte jedoch nicht getan. Erst der Einsatzleiter der Polizei habe dafür gesorgt, daß der Beamte in Zivil von seinem Vorgehen gegen den Studenten abließ. Der Einsatzleiter habe auch die Anzeige Bergers entgegengenommen und Zeugen notiert. (dpa)

33 Personen nach Durchsuchung von Wohnungen festgenommen

Beamte der Staatsschutzabteilung durchsuchten gestern im Zusammenhang mit der Fahndung nach Personen, die im „Umfeld" der „Bewegung 2. Juni" vermutet werden, 17 Wohnungen in Kreuzberg, Schöneberg, Wedding, Wilmersdorf und Neukölln auf Grund richterlicher Beschlüsse. Wie ein Sprecher der Staatsschutzabteilung erklärte, erfolgten diese Durchsuchungen im Zuge von Ermittlungen gegen Personenkreise, die im Verdacht stehen, kriminelle Vereinigungen zu unterstützen. Hierbei wurden 33 Personen vorübergehend festgenommen und nach ihrer Personalienüberprüfung wieder entlassen. Steckbrieflich gesuchte Terroristen nach der Schleyer-Entführung wurden nicht angetroffen. Bei der Durchsuchungsaktion waren rund 100 Polizisten von den frühen Morgenstunden bis mittags im Einsatz. (Tsp)



DONNERSTAG, 1. DEZEMBER 1977

CHARLOTTENBURG/KREUZBERG

Am Rande bemerkt

Nicht nur polizeitaktisch

„Du willst mich wohl verscheißern", sagt der Polizist zu dem Jungen. Dann stellt er ihn, Gesicht voraus, an den VW-Bus, den Funkwagen, schlägt ihm mit dem Fuß mehrfach die Beine auseinander, auch als er sie schon gegrätscht hat, durchsucht ihn und schiebt ihn in den Funkwagen. Pariser Ecke Uhlandstraße. Eine Viertelstunde vor Mitternacht.

Passanten haben die Bemerkung gehört und die Szene beobachtet. Sie wenden sich an einen zweiten Jungen, der unverkennbar ängstlich neben dem Funkwagen steht. Der andere sei ein 14jähriger Türke, er selbst 15, Deutscher. Schon wird er auch in den Funkwagen geholt. Und ab die Fuhre. Wie sich später herausstellte: Zu den Erziehungsberechtigten, die an ihre Aufsichtspflicht erinnert wurden.

Es wird ja auch niemand etwas dagegen einzuwenden haben, wenn eine Funkwagenstreife sich für Halbwüchsige interessiert, die nachts durch die Innenstadt trollen. Zumindest der Türke wohnt indes in der Gegend. Und beide Jungen sind für ihr Alter auffallend klein geraten, keine 1 Meter 60. Warum dann gar so energisch?

Unter den Zufallszeugen der Szene war ein Redakteur des Tagesspiegels. So baten wir die Polizei um ihre Darstellung des kleinen Zwischenfalls vom 15. November. Es hat ein wenig gedauert. Doch nun sind die Streifenpolizisten befragt worden.

Grund des Einsatzes: Überqueren der Straße bei Ampelrot. Von einem der Jungen im übrigen später bestritten, aber warum solch Vorgehen gegen mitternächtliche Verkehrssünder?

„Auf Grund seines stark renitenten Verhaltens sofort an Ort und Stelle durchsucht." So die Polizei. Nach unserer Beobachtung stand der Junge ruhig neben dem Polizisten und sprach mit ihm, wobei dieser den eingangs zitierten Satz sagte. Weiter im Polizeitext:

„Auch ließ sein ganzes Wesen auf eventuell beabsichtigte Widerstandshandlungen schließen. Der andere Junge machte einen recht weinerlichen Eindruck, er wurde in den Funkstreifenwagen genommen und wegen einer inzwischen eingetretenen Ansammlung dort durchsucht."

Besagte Ansammlung bestand aus dem Tagesspiegel-Redakteur, seinen drei Bekannten und zwei Touristen aus Westdeutschland.

Schluß des amtlichen Berichts: „Allein polizeitaktische Grundsätze waren maßgeblich für die durchgeführten Maßnahmen." Das war zu wenig.
-thes

Auch Ausweise fälschungssicher

Nun sollen endlich auch die Berliner Personalausweise fälschungssicherer werden: Nach Angaben der Polizei werden von morgen an bei Neuausstellungen die Ausweisfotos nicht mehr durch Ösen, sondern mit einem Spezialkleber und zweifacher Rasterung mit eingestanzter Perforation befestigt.

Wie bereits berichtet, wird dieses Verfahren seit einiger Zeit auch bei Führerscheinen und Reisepässen angewandt.

Von der Polizei wird darauf hingewiesen, daß auf den im Rasterverfahren verwandten Bildern der Kopf nicht höher als 31 Millimeter und nicht kleiner als 21 Millimeter sein darf und sich in der Mitte befinden muß. Ferner ist darauf zu achten, daß der Ausweisinhaber im Halbprofil abgebildet ist.

SEITE 21



ANTI-AKW-GRUPPE KREUZBERG

Wer sind wir?

Wir sind zur zeit etwa 2o Leute, die sich zu einer Anti-AKW-Gruppe (AKW=Atomkraftwerk) zusammengeschlossen haben. Wir kommen aus den unterschiedlichsten Berufsbereichdn, einige sind Lehrlinge, Schüler, Studenten. In unserer Initiative sind verschiedene politische Auffassungen vereinigt. Wir versuchen, gemeinsam Vorstellungen und Ziele für den Kampf gegen Atomkraftwerke zu entwickeln.

Warum eine Anti-AKW-Gruppe in Berlin?

Atomkraftwerke gehen uns alle an! Auch dann, wenn sie uns nicht direkt vor die Haustür gesetzt werden. Die Gefahren, die von AKWs ausgehen, machen nicht in der unmittelbaren Umgebung ihres Standortes halt. Ein Defek t in einem AKW, bei dem Radioaktivität freigesetzt wird, kann die Verseuchung ganzer Landstriche bewirken. AKWs, egal wo sdestehen oder gebaut werden, sind eine Bedrohung für uns alle.

Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß der Widerstand gegen das Atomprogramm der BRD (und auch anderer Staaten) nicht nur aus humanitären Gesichtspunkt des Umweltschutzes geführt werden kann, sondern daß dieser Widerstand ein bedeutendes politisches Gewicht hat.

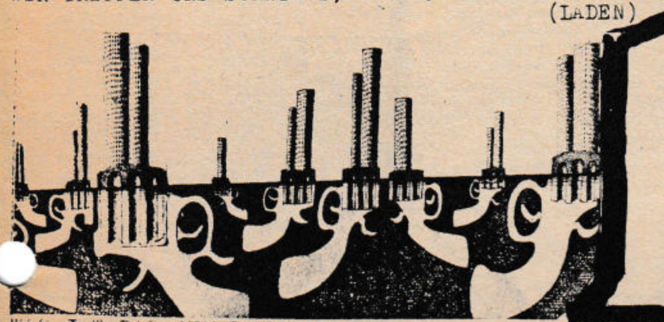
Während wir hinter den Argumenten der Atom energiebefürworter eindeutig ökonomische Machtinteressen sehen, werden Gefahren dieses technischen "Fortschrit für die Menschheit von Staat und Atomindustrie gemeinsam verharmlost, und jeglicher Widerstand gegen AKWs mit allen Mitteln staatlicher Gewalt bekämpft.

Was wollen wir tun?

Unser Wissen über die Atomenergie, das wir uns bisher erarbeitet haben, bzw. noch vertiefen werden, wollen wir öffentlich machen (durch Stände im Stadtteil, Informationsveranstaltungen, Filmvorführungen, Flugblätter usw.).

Wir wollen mit allen Westberliner Gruppen und Initiativen, die sich ebenfalls mit den Themen Atomenergie, Umwletschutz usw. beschäftigen, zusammenarbeiten und streben einen Zusammenschluß zu einer gemeinsamen Bürgerinitiative Westberlin an. Ebenfalls angestrebt wird der Kontakt zu Bürgerinitiativen und Gruppen in der Bundesrepublik und deren punktuelle Unterstützung.

WIR TREFFEN UNS SONNTAGS, 18UHR3o SCHÖNLEINSTR! 24 (LADEN)



WAS IST DAS CHAMISSOBLATT ?

eine Zeitung von und für Bewohner rund um den Chamissoplatz

WAS STEHT IM CHAMISSOBLATT ?

Artikel über Ereignisse und Probleme, die dieses Gebiet und die Leute, die hier wohnen, betreffen, z z.B. über Sanierungsplanungen, Erfahrungen mit Vermietern und Ämtern; dazu praktische Ratschläge und wichtiges aus anderen Stadtteilen.

WARUM GIBT'S DAS CHAMISSOBLATT ?

für Presse, Rundfunk und Fernsehen ist dieser Stadtteil nur einer unter vielen, über den, wenn überhaupt so berichtet wird, wie SIE sich das vorstellen. Im Chamissoblatt soll über unsere Interessen Öffentlichkeit hergestellt werden.

WER MACHT DAS CHAMISSOBLATT

alle, die mitmachen wollen, die etwas zu berichten haben oder zur Diskussion stellen wollen

WO GIBT'S DAS CHAMISSOBLATT ?

Restaurant Zorbas, Zossener Str.; Zeitungsladen Nostiz-Gneisenaustr.; Zeitungsladen Willibald-Alexis-Str.7; Zeitungsladen Friesen-Jüterbogstr.; Ladenwohnung Kopischstr.1o; Kinderbuchladen Großbeerenstr.28b; Tabakgeschäft Friesenstr.4; Lebensmittelgeschäft Willibald-Alexis-Str.18; Kneipe Godoth, W.-A.-Str.;Gaststätte Heidelberger Krug; Kiosk Gneisenaustr. 81;Kiosk Baerwaldstr.; Chamissoladen,W.-A.-Str.15; Samstag vor der Marheineke-Markthalle.

Bürgerinitiative Energieplanung und Umweltschutz

Stadtteilgruppe Tempelhof bisher: Bürgerinitiative Oberhavel/Oberjägerweg

SICHERT STROM DIE ARBEITSPLÄTZE ? ODER SICHERT STROM ARBEITSLOSIGKEIT

Am Freitag,d n 11.11XX 1977 (vielleicht sogar um 11 Uhr 11) hat sich das Bundeskabinett zusammengesetzt,um die von Bürgerinitiativen verursachte Behinderung beim Bau von Kraftwerken schleunigst zu beseitigen.

Noch ist sich das Kabi nett nicht im klaren,wie es vorgehen wird.Da sich aber auch der SPD-Parteitag für einen vorrangigen Aus bau der Kohlekraftwerke ausgesprochen hat,scheint eines jedoch sicher.Die Schadstoffgrenzen für Schwefeldioxyd, Stickoxide und andere,werden heraufgesetzt.Konnten Gerichte heute de n Bau eines Kraftwerkes untersagen,weil bei Betrieb die Schadstoffgrenze überschritten worden wäre,so ist dies nach der Gesetzes änderu ng nicht mehr möglich .Die Grenze dessen was gesunheitsschählich ist,läßt si ch ganz einfach mit einer Gesetzesänderung korrigieren.So einfach ist es in diesem Rechtsstaat.

Was sind die Hi ntergründe für diesen Kabinettsbeschluß?

In Vörde (Ruhrgebiet) und Berli n haben Bürgerinitiativen Kohlekraftwerke verhindert.Da die Luft an beiden Orten schon dermaßen verdreckt ist, k önnte nach dem derzeit geltenden Recht,kein Kraftwerk mehr gebaut werden.





Die Kraftwerksbauer sehen ihre Gewinne davonschwimmen,die Gewekschaften fürchten um die Arbeitsplätze ihrer in der Kraftwerksindustrie beschäftigten Kollegen.Gute Luft hätte man zwar auch noch gerne--aber na ja----man kann halt nicht alles haben.

SPENDENKONTO: U!RENKER
BHI NR|o8743300

Kontaktadresse:
Klaus Löbisch,Bürgermeisterstr.13 1 bln 42 Tel. 7521941
Detlef Witt,Bürgermeisterstr.14 1 Bln 42 Tel.7518487









PRINZIP: ANPASSUNG!

Das ist die neue Strategie gegen die politischen Gefangenen: "Integrieren" und zugleich "vereinzeln". Das heisst, sie sollen auf viele Knäste verteilt werden, um das "Sicherheitsrisiko" zu vermindern. Dort sollen sie "integriert" werden. Das bedeutet, dass sie mit ausgesuchten Gefangenen, in der Regel solche, die bereit sind, Spitzeldienste für die Schweine zu leisten, zusammengesteckt werden. Das Ergebnis: Eine infame und besonders geschickte Variable der Isolationshaft. Angewendet wird hier nicht nur eine counter-strategie gegen die politischen Gefangenen, angewendet wird wird hier nichts anderes als das Grundprinzip des Systems. Wenn Eltern ihren Kindern verbieten, mit "schmutzigen", "frechen", ausländischen oder sonst irgendwie unbeliebten Kindern zu spielen, dann wirkt das Prinzip. Wenn der Lehrer in der Schule ein "freches" Kind neben ganz bestimmte , "brave" Kinder setzt, dann wirkt das Prinzip. Wenn der aufsässige Rekrut in eine bestimmte Kompagnie gesteckt wird, dann wirkt das Prinzip. In allen staatlichen Institutionen wird das rassistische Prinzip der "Auslese" praktiziert. Und die Orte, wo das Prinzip nicht oder nur schwach und unkontrollierbar wirkt, wie z.B. Wohngemeinschaften, selbstverwaltete Jugendzentren usw., muss der Staat versuchen, sie entweder zu zerschlagen oder zu "integrieren". Ein Beispiel für die gelungene Integration sind die Kinderläden- einst Nester des Ungehorsams, antiautoritäre Orte der Eigenverantwortlichkeit, sind sie heute zum allergrössten Teil wieder brave Erziehungsanstalten und Aufbewahranstalten geworden- listig geködert vom Staat mit Zuschüssen und dann erobert durch die totale Kontrolle. Und nicht zufällig werden gerade jetzt Angriffe auf die WGs als "Brutstätten des Terrorismus" gestartet- zuerst vom Treffen der obersten Katholikenbonzen, die zeterten, dass die WGs "geistige und emotionale Zentren" des Terrorismus seien, und dass es an der Zeit sei, solche Grundwerte wie Familie stärker zu schützen.

Ziel dieses Prinzips der Anpassung ist die Zerschlagung jeglichen Widerstandes. Und begonnen wird mit der totalen Zerstörung der Eigenverantwortlichkeit. Das läuft nicht nur in Kindergärten, Schulen, beim Militär ab, das läuft in jeder einzelnen staatlichen Institution, die jeder irgendwann gezwungen ist, zu benutzen: Jeder hat sicher schon die Erfahrung gemacht, wie es ist, wenn du in eine Klinik gehst, um dich wegen einer bestimmten Sache untersuchen zu lassen: Da rollt die Routine ab, ehe du überhaupt sagen kannst, weshalb du da bist und was du eigentlich willst, haben sie deinen Urin abgenommen, deinen Blutdruck gemessen, Blut abgezapft, einen Fragebogen ausgefüllt- wo z.B. drin steht, ob es Geisteskrankheiten oder Geschlechtskrankheiten in deiner Familie gibt- und wenn du denkst, das ist doch alles nicht so schlimm, und still hältst, dann haben sie dich wieder ein Stück diszipliniert und entmündigt.

Und im Laufe deines Lebens geht dir das fast täglich so, und irgendwann gibst du auf, und bist angepasst. Oder du zappelst noch eine Weile in der linken Scene rum, erlebst eine Enttäuschung nach der andern, und hälst es nicht aus, von der "Bevölkerung" isoliert zu sein und überall als Spinner - innerlich und äusserlich- angesehen zu werden. Und du gibst auf, und bist angepasst. Die Vorstufe dazu ist, wenn Linke, Genossen, heftig die "Bevölkerung" verteidigen, wenn die alles mit sich machen lässt, wenn sie sagen: Die können doch nichts dafür, die werden doch kaputt gemacht. Dalegalisieren sie das Prinzip der Anpassung, zumindest für andere, und nehmen den einzelnen ?Menschen nicht mehr ernst. Denn wenn ich von jemandem sage: er kann nichts dafür- dann habe ich ihn entmündigt- und kommt mir jetzt nicht mit dem Marxismus! Denn wenn der dazu herhalten muss, den Menschen kleiner zu machen- olle Marx hat gesagt, Sklaven, die ihre Sklaverei nicht abschütteln, sind es nicht wert, frei zu sein. Und das Ende vom Lied ist, dass ich als Angepasster gar keine Möglichkeit mehr habe, meine eigene Unterdrückung wahrzunehmen, weil ich das nicht aushalten kann. Und dass ich den Gedanken an die gefangenen Genossen beiseite schieben muss, verdrängen muss, ich muss "Kamikaze" zu ihnen sagen, und muss den Kopf schütteln über ihre beharrliche Weigerung, das Spiel mitzuspielen, muss sagen, "die sollten lernen, sich taktisch zu verhalten"- weil ich es nicht aushalte, dass da die Lehrter Strasse in meiner Stadt ist und Moabit und Tegel und die Plötze und noch mehr, wo Menschen grösser sind als Schweine und aufrecht gehen und dafür sterben müssen- weil ich das nicht aushalte.

„Er weiß, was sein Schicksal ist"

SPIEGEL-Interview mit dem Wackernagel-Verteidiger Gerard Spong

SPIEGEL: Das Bonner Justizministerium hat den Antrag gestellt, Wackernagel an die Bundesrepublik auszuliefern. Würde er ein Strafverfahren in Holland bevorzugen?

SPONG: Ja.

SPIEGEL: Könnte Wackernagel vor Gericht politische Motive geltend machen? Die molukkischen Geiseltäter, die sich gleichfalls als Polit-Täter betrachten, wurden als Kriminelle verurteilt.

SPONG: Trotzdem gelang es der Verteidigung in den Molukkerprozessen, die politische Überzeugung ihrer Mandanten darzustellen.

SPIEGEL: Welche Linie werden Sie bei der Verteidigung verfolgen?

SPONG: Die Prozeßkontrolle durchführen. Er soll einen Prozeß bekommen, der den Menschenrechten, festgelegt in der Konvention von Rom, entspricht.

SPIEGEL: Die Amsterdamer Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Totschlagversuchs an Polizisten. Welche Höchststrafe steht darauf?

SPONG: Zwölf Jahre. Hat ein Häftling bei guter Führung zwei Drittel der Strafe verbüßt, kommt er auf freien Fuß.

SPIEGEL: Und wenn die Haager Justiz dem deutschen Auslieferungsantrag genügt? Wackernagel soll gesagt haben: „Ich lasse mich nicht an meine Mörder ausliefern."

SPONG: Ich werde auf seinen Wunsch alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um das zu verhindern.

SPIEGEL: Könnte Wackernagel auch noch ausgeliefert werden, nachdem er hier verurteilt wurde?

SPONG: Im Prinzip hat der Staat jederzeit das Recht auszuliefern — während der Ermittlungen, nach einem Strafprozeß, nach Verbüßung der Strafe. Wird hier der Strafprozeß wegen der in den Niederlanden begangenen Delikte geführt, dann liegt es auf der Hand, daß Wackernagel erst hier seine Strafe verbüßt und danach — falls man den Antrag aufrechterhält — ausgeliefert wird. Vielleicht weht dann in der Bundesrepublik ein milderer Wind hinsichtlich der RAF.

SPIEGEL: Nicht ganz unbegreiflich nach den Vorfällen mit RAF-Anwälten in der Bundesrepublik.

SPONG: Wir sind hier nicht in der Bundesrepublik, wir haben es mit einer niederländischen Justiz und Advokatur zu tun. Soweit mir bekannt ist, hat — jedenfalls im Haag — noch kein Anwalt die Vertrauensbeziehung zur Justiz verletzt.

SPIEGEL: Wie wird Wackernagel sonst behandelt?

SPONG: Im Vergleich zu Knut Folkerts viel menschlicher. Er kann sich selber waschen, soweit das bei seinen Wunden möglich ist. Sein Zimmer ist nachts dunkel. Nur die Kontrollen, jede Stunde, reißen ihn aus dem Schlaf.

SPIEGEL: Und wie ist der Tagesablauf in der Krankenzelle?

SPONG: Wie im Krankenhaus. Früh Wecken, Waschen, Essen, Arztbesuch, weiter nichts. Er hat kein Radio, kann jedoch Bücher und Zeitschriften aus der Gefängnisbibliothek bekommen. Auf mein Ersuchen kann er auch deutsche Zeitungen, Zeitschriften und Bücher lesen, die ich ihm mitbringen kann.

SPIEGEL: Wird Wackernagel als normaler Häftling behandelt?

SPONG: Eigentlich ja. Die Bewachung ist allerdings verschärft, man nimmt keinerlei Risiko in Kauf. Meine Besuche, bisher täglich, finden in einem Sprechzimmer statt, in das Wackernagels Bett von drei Bewachern, bewaffnet mit Karabinern, und einem Pfleger geschoben wird. Wir werden sowohl von außerhalb durch das Fenster wie von innen — durch ein Fenster in der Tür — beobachtet.

SPIEGEL: Empfinden Sie die Maßnahmen als unangenehm?

SPONG: Mein Mandant weniger — er rechnete damit. Ich selbst ja — ich betrachte das als ein Mißtrauensvotum gegenüber dem Anwalt. Ein anderes Zeichen für Mißtrauen ist die Leibesvisitation, der mein Mandant nach jedem meiner Besuche unterzogen wird: Man durchsucht seinen Mund — hinter den Zähnen, unter der Zunge — man überprüft die Gesäßfalte, er muß nach jedem Anwaltsbesuch den Pyjama wechseln. Eine bittere Erfahrung für mich.

SPIEGEL: Wackernagel hat Schußwunden an den Füßen, am Arm und einen Streifschuß am Kopf. Wie geht es ihm gesundheitlich?

SPONG: Die Genesung macht rasche Fortschritte. Zu dem Streifschuß am Kopf berichtet er, ein Polizist habe sich, nachdem er schon am Boden lag, mit beiden Füßen auf seine Oberarme gestellt. Dann habe er einen enormen Schlag ins Gesicht gespürt und meint, der Polizist habe neben seinen Kopf geschossen. Das Mündungsfeuer habe ihn geblendet, der Luftdruck den Schlag ausgelöst, er sei bewußtlos geworden, habe aus Nase und Ohren geblutet. Tatsächlich ist die Umgebung der Augen grün und blau und verschwollen.

SPIEGEL: Was sagt er über seine Verhaftung?

SPONG: Die Polizei habe zuerst geschossen, sagt er. Er ist überzeugt, daß bei der Verhaftung auch BKA-Leute mitgemacht hätten.

SPIEGEL: Die Amsterdamer Polizei hat uns versichert, BKA-Beamte hätten bei der Verhaftung lediglich als Berater mitgewirkt. Welchen Eindruck haben Sie von Wakkernagel?

SPONG: Er wirkt überlegt und intelligent. Er stellt sich ungewöhnlich hart und humorvoll dar, zynisch gegen sich selbst. Er ist hart im Nehmen. Er weiß, was sein Schicksal ist, und beschreibt es als „ein allmähliches Sterben — von dem Augenblick an, wo du ins Gefängnis kommst". Und das akzeptiert er.

Resolution

am 26./27.11.1977 hat die zweite notkonferenz der 'russell-initiativen zur aufklärung der morde in stammheim und stadelheim' in frankfurt stattgefunden.
die entwicklung in den westdeutschen gefängnissen seit der ersten notkonferenz, auf der sich am 5./6.11.1977 'russell-inititaiven zur aufklärung der morde an jan carl raspe, gudrun ensslin und andreas baader getroffen hatten, hat gezeigt, daß die westdeutschen sicherheitsorgane die vernichtung von politischen gefangenen forciert weiterbetreiben:
am 12.11. wird ingrid schubert, ein weiterer kader aus der raf im isolationstrakt der jva stadelheim ermordet.
nach der ermordung der kader wird bekannt wie sich die bundesanwaltschaft die weitere fortführung ihrer endlösungsstrategie vorstellt:
nachdem die verteidiger der gefangenen entweder verhaftet, ausgeschlossen oder mit berufsverbot belegt worden sind, claus croissant durch die auslieferung in das mordkalkül der bundesanwaltschaft einbezogen worden ist, beschließt die länderjustizministerkonferenz am 24.11.1977 die 'integration der gefangenen in den normalvollzug'.
das heißt
- kollektiver widerstand gegen das vernichtungsprogramm soll durch die verschubung der gefangenen in 90 verschidene knäste restlos verunmöglicht werden
- zusammensperren eines gefangenen aus der guerilla mit mehreren vom bka ausgesuchten und präparierten anderen gefangenen. das ist die fortführung der endlösungsstrategie, so wie wir sie aus italienischen und amerikanischen gefängnissen kennen und wie sie bereits während des hitler-faschismus - -erschubung von gefangenen aus den kz's in normale zuchthäuser um sie dort vereinzelt im 'normalvollzug' zu liquidieren - von der geheimen staatspolizei praktiziert worden ist. in den usa werden schwarze militante mit weißen rassisten zusammengesperrt, was ihr sicherer tod ist. in italien werden revolutionäre mit mafiosi zusammengesperrt. bisher wurde ein genosse erstochen, ein anderer schwer verletzt.
- 'die ruhige und entschlossene behauptung des normalzustandes' (brandt) im normalvollzug, oder wie es der düsseldorfer oberstaatsanwalt fricke ausdrückt, es gehe ihm darum, den eindruck in der öffentlichkeit zu revidieren, politische gefangene hätten einen sonderstatus.

für die gefangenen heißt das, daß all das, was sie sich in vier kollektiven hungerstreiks gegen das vernichtungsprogramm der bundesanwaltschaft immer wieder erkämpft haben, zerstört werden soll: gemeinsamer umschluß, gemeinsame arbeitsmöglichkeiten etc.
die besondere perfidie dieses integrationsprogrammes liegt darin, daß die in drei kollektiven hungerstreiks gestellte forderung nach aufhebung der isolation, d.h. integration in den normalvollzug, jetzt gegen die gefangenen gerichtet wird. während des dritten hungerstreiks mit dieser forderung wurde holger meins durch verhungern lassen ermordet;
im oktober 1975 reagiert der bundesgerichtshof auf die hungerstreiks der gefangenen und erklärt den rechtsfreien raum, in dem die gefangenen gefoltert und ermordet werden, zu recht, da'es sich um eine verschwindend kleine minderheit in der bevölkerung handelt' (bgh-beschluß).
in dieser situation der totalen rechtlosigkeit haben die gefangenen in ihrem vierten kollektiven hungerstreik die konsequenzen gezogen und die forderung nach haftbedingungen gestellt, so wie sie in der genfer konvention für kriegsgefangene definiert worden sind. wie, die auf der zweiten notkonferenz anwesenden gruppen und russell-initiativen, unterstützen die forderung der gefangenen nach anwendung der mindestgarantien der genfer konvention für kriegsgefangene.

wir fordern nochmals die antifaschistische, demokratische, sozialistische und kommunistische öffentlichkeit im in- und ausland, insbesondere alle russell-initiativen, die die menschenrechtsverletzungen in der brd angreifen, dringend auf sich für den schutz des lebens, der gesundheit und der identität der politischen gefangenen in der brd einzusetzen.

wir fordern euch auf am internationalen aktionstag, samstag 1o.12., unter folgenden forderungen teilzunehmen: .
für gefangene aus antiimperialistischen widerstandsgruppen, die in der bundesrepublik kämpfen, eine behandlung, die den mindestgarantien der genfer konvention von 1949 entspricht, im besonderen art. 3, 4, 13, 17 und 130.
das heißt
- sofortige freilassung von irmgard möller und günter sonnenberg
- zusammenlegung zu interaktionsfähigen gruppen von mindestens 15 gefangenen.

des weiteren fordern wir die bildung eines unabhängigen internationalen untersuchungsausschußes zur aufklärung der morde in stammheim und stadelheim und des mordversuchs an irmgard möller, sowie die klärung der politischen verantwortlichkeit.

presseerklärung

heute, samstag den 26.11.1977 wurden fünf mitglieder der russell-initiativen wiesbaden und hamburg auf dem weg zur 2. russell-notkonferenz auf der autobahn wiesbaden-frankfurt von sechs bewaffneten polizisten 'zur auto- und personenkontrolle' gestoppt. bei der durchsuchung wurde umfangreiches material zur vorbereitung des russell-tribunals ohne angabe von gründen 'sichergestellt' - was heißt geraubt.
eine genaue aufstellung des beschlagnahmten materials wurde trotz mehrfacher aufforderung von den beamten verweigert. es wurde lediglich ein handgeschriebener zettel ausgehändigt, in dem es heißt "heute... wurden aus dem pkw ... schriftliche aufzeichnungen sichergestellt. genaue aufstellung wird nachgereicht"

nachdem
- armin newerla und mehrere mitglieder von russell-initiativen nach einem treffen zur vorbereitung des russell-tribunals im august vorläufig festgenommen worden waren
- mehrfach bei hausdurchsuchungen in verschiedenen städten unterlagen, dokumente und material zur situation der politischen gefangenen für das Russell-tribunal beschlagnahmt wurden
- willy brandt und die spd-führung das russell-tribunal scharf verurteilt haben und willy brandt gesagt hat, personen, die das russell-tribunal betreiben seien in der brd nicht willkommen und maihofer erklärte "die regierung halte ein solches scheinverfahren von kräften, die die grundordnung der bundesrepublik ablehnen für eine verhöhnung des freiheitlichen rechtsstaates" und "terroristische gewalttäter und sie unterstützende gruppen" benutzten das tribunal "um ihre kriminellen ziele zu fördern" (vgl. fr 21.11.77)
- mitglieder von russell-initiativen in kaiserslautern und wien verhaftet und kriminalisiert wurden,
stellt die neuerliche sicherstellung von umfangreichen arbeitsunterlagen zur situation der politischen gefangenen und zu den morden in stammheim und stadelheim
einen weiteren schritt in dem versuch bundesdeutscher behörden dar, die arbeit
speziell der gruppen und russell-initiativen zu verhinder, die die extremsten formen von menschrechtsverletzungen in der brd - folter und mord an politischen gefangenen [illegible]halb des russell-tribunals thematisieren wollen.
dies verweist dringlichst auf die notwendigkeit für alle gruppen, organisationen und russell-initiativen
verstärkt an der aufdeckung der morde in stammheim und stadelheim zu arbeiten, ihre ergebnisse sowie alle informationen über die haftbedingungen der politischen gefangenen zu veröffentlichen
und durch die
forderung nach zusammenlegung der gefangenen zu interaktionsfähigen gruppen von mindestens 15 gefangenen, d.h. anwendung der mindestgarantien der genfer konvention
einen schutz für die gefangenen zu schaffen.

russell-initiative karlsruhe
russell-initiative berlin
gruppe 'schutz von leben, gesundheit und identität pol. gefangener, mannheim
stammheim-gruppe, fachhochschule frankfurt
spartcusbund
schwarze hilfe, marburg
westdeutsches irland solidaritätskomitee, oberursel
irlandgruppe wiesbaden
gruppe haftbedingungen, bochum
spartacusbund /rmf

KOORDINATIONSAUSSCHUSS
VERLAG ERGEBNISSE UND PERSPEKTIVEN
HAMBURGER ALLEE 59
6000 FRANKFURT
TEL: 0611/771146

presseerklärung

irmgard möller, gefangene aus der raf, ist seit dem 19.11. im hungerstreik.
sie fordert:
- sofortige abschaffung der dauerüberwachung durch eine anstaltswärterin, die jede bewegung von irmgard beobachtet und dies für die psychogramme (vermutlich auf verlangen) des bundeskriminalamtes notiert.
- daß das brennen der neonröhre tag und nacht sofort aufhört
- die zusammenlegung mit verena becker.

irmgard möller ist, als einzige überlebende und zeugin des massakers in stammheim am 18.1o, dem haß der bundesanwaltschaft ausgeliefert. nachdem rebmann schon zum 4. hungerstreik und durststreik der politischen gefangenen offen ihre ermordung propagiert hat, nach dem tod von andreas baader, gudrun ensslin, jan carl raspe und ingrid schubert, die der deutsche staat der öffentlichkeit als selbstmord verkauft, sind die terrormaßnahmen gegen irmgard möller in ihrem mordkalkül klar.

die russell-notkonferenz, die am wochende 26./27.11.1977 zum 2. mal stattgefunden hat, unterstützt die forderungen von irmgard möller.

2. russell-notkonferenz zur aufklärung der morde in stammheim und stadelheim

Russell-initative braunschweig/
russell-initiative berlin
russell-initäative wiesbaden
russell-initiative marburg
russell-initiative düsseldorf
russell-initiative hamburg
russell-initiative kaiserslautern-dernbach
russell-initiative zürich
russell-initiative münster
russell-initiative frankfurt
russell-initiative stuttgart

... DA DER ANGEKLAGTE DURCH EINEN VERTEIDIGER SEINER WAHL VERTEIDIGT WIRD, ERHEBE ICH ZUSÄTZLICH ANKLAGE WEGEN KRIMINELLER VEREINIGUNG...

ANKLAGE

Freiheitsstrafe wegen Verunglimpfung Bubacks

Karlsruhe (AP). Das Schöffengericht Karlsruhe hat gestern einen 39jährigen Strafgefangenen wegen Verunglimpfung des ermordeten Generalbundesanwalts Buback zu einem Jahr und neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Der Angeklagte, der schon 17 Jahre in Haftanstalten verbracht hat, hatte wenige Tage nach dem Attentat von Karlsruhe aus der Vollzugsanstalt in Hamburg einen Brief an die Bundesanwaltschaft gesandt, in dem er Buback mit beleidigenden Schimpfworten bedachte. Vor Gericht verweigerte der Mann, der die meisten seiner Strafen wegen Diebstahls erhielt, jede Aussage. Er bekannte sich aber ausdrücklich zu seinem Brief.

Terroristen werden nach Einzelabsprache verlegt

AP, München

Die etwa 80 bis 90 verurteilten oder mutmaßlichen Terroristen, die sich gegenwärtig in Haftanstalten der Bundesrepublik befinden, werden jeweils nach Einzelabsprache verlegt beziehungsweise verteilt werden. Pressesprecher Beck vom Bayerischen Justizministerium erklärte gestern auf Anfrage, daß bisher in Bremen und im Saarland überhaupt keine Häftlinge aus der Terrorszene inhaftiert seien, während beispielsweise West-Berlin mit 22 solchen Häftlingen „überbelegt" sei. Die Länderjustizverwaltungen würden nach dem Bonner Grundsatzbeschluß der Justizminister der Länder in Einzelabsprachen entscheiden, welche Häftlinge aus der Terrorszene wohin verlegt werden.



am sonntag, d. 4.12.77 findet um 15 uhr ein treffen zur vorbereitung des internationalen aktionstags am 1o.12.77 statt. wir fordern alle gruppen und einzelpersonen auf zu kommen um den beschluß der bundesjustizministerkonferenz v. 24.11.77, die politischen gefangenen "in den normalen strafvollzug zu integrieren" und die forderung der gefangenen nach anwendung der genfer konvention, die freilassung von irmgard möller und günther sonnenberg zu diskutieren und gemeinsam für die zentrale großveranstaltung in frankfurt/main zu mobilisieren.





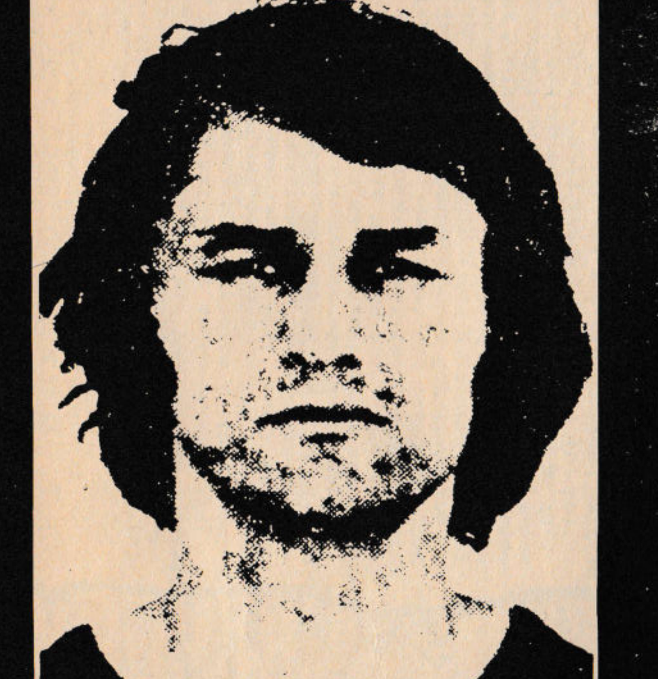
Der Weg, den ihr gegangen seid
führte euch in Gefangenschaft und Tod.
War er deswegen falsch?

Die Ungeduld, die ihr zeigtet
machte euch verwundbar.
Können wir sie deswegen verurteilen?

Die Fehler, die ihr begangen habt
haben euch und uns
die blinde Feindschaft
eines verhetzten Volkes gebracht.
Sind sie deshalb unverzeihlich?

Die Freundschaft, die wir zu euch haben,
macht uns den Kampf schwerer.
Sollten wir ihn deshalb lassen?

Wir werden von euch lernen.







WIR KÖNNEN DIE SCHWEINE NICHT ZWINGEN

DIE WAHRHEIT ZU SAGEN –

ABER WIR KÖNNEN SIE ZWINGEN

IMMER UNVERSCHÄMTER ZU LÜGEN

(G. ENSSLIN)

AN: AMNESTY INTERNATIONAL, LONDON 1.11.77
INTERNATIONALE JURISTENKOMISSION, GENF.

In den lezten Wochen hat sich große Aufmerksamkeit auf Westdeutschland gerichtet. Die Situation dort ist zur Zeit sehr ernst. Die Menschenrechte des westdeutschen Volkes stehen auf dem Spiel. Während der letzten zwei Jahre hat es von Seiten der sogenannten sozialdemokratischen Regierung konzentrierte Anstrengungen gegeben, alle Formen von Aktivitäten gegen die Regierung und Kritik auszumerzen. Vor zwei Jahren verbot die Regierung jedem Mitglied oder Sympathisanten einr kommunistischen Organisation irgendwo im öffentlichen Dienst zu arbeiten, sei es Lehrer oder Zugführer.Bis heute ist die politische Repression bis hin zum Gebrauch von Terror eskaliert. Die Menschen sind Opfer von willkürlichen Hausdurchsuchungen. Politische Organisatoren werden gefangengenommen, gefoltert und manchmal sogar ermordet. Infolge der Entführung des Industriellen Hanns-Martin Schleyer brauchte die Regierung nur fünf Tage, um die Verfassung so zu ändern, daß jemand, der wegen eines "politischen Verbrechens" gefangengenommen wird, ausgeschlossen wird von jedem Kontakt zur Außenwelt, eingeschlossen Anwälte und Verwandte - 30 Tage lang. Die Polizei sperrt ganze Wohnviertel ab, bricht in Wohnungen ein, und während sie die Bewohner zwingen sich auf den Boden zu legen, laufen massive Durchsucungen, sie verhaften Leute und beschlagnahmen Papiere. Bis auf einige Anwälte, die politische Gefangene verteidigt haben, sind alle gefangengenommen oder gezwungen das Land zu verlassen.Die übrigen werden ständig verfolgt und eingeschüchtert.

Am 18. Oktober machte die Westdeutsche Regierung bekannt daß Andreas Baader, Jan Carl Raspe, und Gudrun Ensslin in ihren Zellen im Stammheimer Gefängnis gemeinsamen Selbstmord geplant und ausgeführt hatten, und daß Irmgart Möller einen Selbstmordversuch unternommen hätte aber noch am Leben wäre. Dies ist unmöglich: die vier Gefangenen durften 6 Wochen lang keinen Außenkontakt haben, sie waren in einer total isolierten Situation und konnten nicht miteinander kommunizieren. Sie konnten unmöglich Pistolen, Messer oder Radios in ihrem Besitz haben. Sie waren in Isolationszellen, die jeden Tag durchsucht wurden. In der Vergangenheit hatten sie nie ein Anzeichen gegeben, daß sie jemals an Selbstmord dachten. Dies ist die selbe "Selbstmord"Geschichte die die westdeutsche Regierungherausgebracht hatte, als Ulrike Meinhof im Mai 8976 in ihrer Zelle im Stammheimer Gefängnis gestorben war. Gerade weil es Gründe gibt, zu vermuten, daß der Staat George Jackson, die Gefangenen in Attica (alle in den USA) und Steve Biko in Süd-Afrika ermordet hat, ist es naheliegend, zu vermuten, daß die westdeutschen Gefangenen ermordet wurden Mit gutem Grund habe n wir Angst um Sicherheit und Leben der anderen politischen Gefangenen, genauso haben Angst um die Sicherheit ihrer Anwaälte, Verwandte und Freunde. Da die Repression wächst, können sie nicht im Inland hinterfragen und kritisieren, weil sie gefängnis odermTod fürchten müssen. Diese Leute vertrauen darauf, daß die Internationale Gemeinschaft die Aktionen der westdeutschen Regierung enthüllt und verurteilt. Wir können nicht zulassen, daß die westdeutsche Regierung straflos die Menschenrechte schändet. Sie muß für die Menschenleben verantwortlich gemacht werden. Ebenso wie die Aufmerksamkeit der Welt auf die verletzungen der Menschenrechte in Chile und Süd-Afriaka gerichtet ist, muß sie heute auch auf Westdeutschland gerichtet sein.

Als betroffene Individuen und Organisationen fordern wir eine unabhängige Untersuchung des Todes der westdeutschen Gefangenen durch Amnesty International und/ oder die Internationale Juristenkommission. Wir fordern die Internationale Juristenkommission und das US-Anwaltskomitee von Amnesty International auf, sich für ihre Kollegen öffentlich einzusetzen, die wegen ihrer Verteidigung politischer Gefangener in Westdeutschland verfolgt und gefangengenommen werden.
Wir fordern Amnesty International und die Internationale Juristenkommission auf und ale betroffenen Personen auf,die westdeutsche Regierung anzuklagen; laßt sie sie wissen, daß sie nicht unbeobachtet vorgehen!

Unterschrift: Ron Dellums, Mitglied des US-Kongreß
Nationaler Anwaltsverein,San Francisco
Nationale Konferenz der Schwarzen Anwälte

Erklärung von Betroffenen Wohnungen der Staatsschutz-Razzia am 3o.11.77

Am Morgen des 3o.11. wurden ab 6 Uhr in 5 verschiedenen Stadtteilen Berlins 17 Wohnungen durchsucht und 33 Leute vorübergehend festgenommen (nach offiziellen Angaben). Alle Durchsuchungen eefolgten mit Durchsuchungsbefehlen zum größten Teil ausgestellt am 16.9.77 - 1o Tage n nach der Schleyer-Entführung. Angegebener Grund bei allen Durchsuchungen: Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

"Es besteht der Verdacht, daß der Beschuldigte zum engen Sympathisanten- und Unterstützerkreis der Personen, die sich als RAF-Nachfolger bezeichnen und für den Anschlag gegen den Arbeitgeberpräsidenten Schleyer in Köln in Betracht kommen, gehört. Es ist zu vermuten, daß die Durchsuchung zu Beweismitteln zur Erhärtung dieses Verdachts führen wird."

Mehrere Wohnungen wurden ohne Zeugen aufgebrochen und durchsucht. Beschlagnahmt wurden u.a. Broschüren über Haftbedingungen und Prozesse politischer Gefangener, handschriftliche Aufzeichnungen, Schreibmaschinenproben und Aktenordner. Alle in den Wohnungen anwesenden wurden z.T. mehrere Stunden lang in den Polizeikasernen Friesen- und Gothaerstr. festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Beim geringsten Widerstand gegen die erkennungsdienstliche Vergewaltigungen wurden Methoden angewandt wie:

Haare ausreißen, Arme und Beine verdrehen, Kopf auf den Boden schlagen, Knebekketten.anlegen.

Wichtig ist noch, daß alle in den Wohnungen anwesenden festgenommen wurden, obwohl die Durchsuchungsbefehle jeweils nur auf einen ausgestellt waren. Zitat eines Staatsschützers: "Jeder, der sich in der Wohnung aufhält, macht sich strafbar."

Auffällig bei dieser Razzia ist, daß sie zum größten Teil mit über 2 1/2 Monate alten Durchsuchungsbefehlen durchgeführt wurde.

Dazu muß man wissen, daß in den letzten Wochen systematisch in Westdeutschland ganze Städte durchgekämmt wurden. Festgenommn und verhaftet wurden Gruppen/Leute, in Stuttgart, Kaiserslautern, Wiesbaden, Hamburg, Wien usw., die am Schutz politischer Gefangener arbeiteten oder am Russel-Tribunal. Letztes Wochenende wurden z.B. Leute schon auf der Anfahrt zu einem Folgetreffen der Russel-Notkonferenz in Frankfurt festgenommen, und Materialien zu Krisenstab in der BRD, Haftbedingungen u.a. beschlagnahmt.

Im Zusammenhang mit den Verhaftungen der letzt Wochen in der BRD und W-Berlin sind noch immer 6 Leute in Haft. mit der selben Begründung wie bei den Duchsuchungen in W-Berlin: Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Damit soll der Schutz politischer Gefangener und die Vorbereitung des Russel-Tribunals zerschlagen werden. Diese Arbeit ist umso wichtiger, als der Schutz der noch lebenden Gefangenen durch Gegenöffentlichkeit, auch innerhalb des Russel-Tribunals, und Widerstand organisiert werden muß.

In W-Berlin steht die Razzia vom 3o.11. in einer Reihe mit der Festnahme der Info-Redaktion und der Verhaftung der 4 Agit-Drucker

Die Festnahme und ED-Behandlung von total Unbeteiligten und Mitbewohnern von WGs, bei denen gegen eine Person ein Ermittlungsverfahren läuft, zeigt, daß es zum eien um Brandmarkung und Isolierung geht, und zum anderen um Abschreckung davor Kritik hier an diesem Staat zu üben





BUCH DES JAHRES

... auf militärischer Ebene den Klassenfeind angreifen ....



?!! HANDSCHUHE

SPUREN

Unser Bücher-Rezensor, August Lesewohl, hat für alle militanten Genossinnen und Genossen ein hochbrisantes, lebenswichtiges Buch entdeckt, das zwar in keiner Buchhandlung zu haben ist, dafür aber unter der Hand in politischen Kreisen, sowie z.B. direkt vom **INFO-BUG über den üblichen Vertriebsschleichweg** als eine unter vielen Bezugsadressen zu haben ist.

Der Inhalt dieses Buches mit dem simplen Titel 'SPUREN', nämlich eine 'Gegenuntersuchung über Möglichkeiten und Methodik (der Bullen) der Spurenauswertung...' versetzt jede(n) interessierte(n Militante(n) in die Fähigkeit, die Verursachung von Spuren, wo auch immer, zu vermeiden, saubere Arbeit - ganz im Sinne schweizerischer Qualitätsarbeit - zu vollbringen.

Das besondere Verdienst von 'SPUREN' liegt, wie bereits angetönt zur Hauptsache im Aufzeigen der wissenschaftlich und praktisch möglichen Auswertung von Spuren durch die Bullen, durch den Wissenschaftlichen Dienst (WD) der Stadtpolizei Zürich beispielsweise. Anhand zahlreicher authentischer Beispiele aus der internationalen Kriminalgeschichte der letzten Jahre wird dem geneigten Leser erläutert, welche feststellbaren Spuren und welches Vorgehen durch den WD und andere Spezialisten zur 'Aufklärung' oder zur 'Täter'-Ermittlung geführt haben, aber eben: die Möglichkeiten der Bullen zur Spuren-Auswertung, und auch die vielfältigen Ermittlungs- und Fahndungs-Methoden haben halt auch ihre sehr bestimmten Grenzen... Und das ist der hochinteressante Aspekt an diesem kriminaltechnischen Meisterwerk.

Ein Genuss für jeden Agathe Christie-Fan, ein 'Muss' für jede(n), der/die mehr vom Leben will, ein 'Soll' für jede(n), den/die schon mal die heilige Wut gepackt hat...

Endlich ist es da! möchten wir befreit ausrufen zu diesem 100-Seiten-Buch im A5-Format. Die Auswirkungen dieses nunmehr öffentlich gemachten Repressions-Know-How' auf die Bullen sind aber nicht so leicht abzusehen. Es empfiehlt sich jedenfalls, zu Deinem eigenen Exemplar - zu dem Du schon irgendwie kommen wirst - Sorge zu tragen!

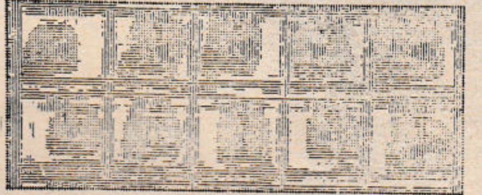
In der Einleitung wie im Schlusswort zum Buch offenbaren die unbekannten Autoren ein erstaunlich reges politisches Bewusstsein. Wir halten allein schon die 'Einleitung' für so bedeutungsvoll, dass wir diese hier im vollen Wortlaut wiedergeben, auch deshalb, weil damit der politische Kontext zum fachlichen Inhalt von 'SPUREN' hergestellt wird. Und weil uns die politische Aussage von 'SPUREN' beeindruckt, leisten wir mit dieser Buch-Besprechung solidarisch unseren Teil zur möglichst feinmaschigen Verbreitung dieses Fachwissens. Wir müssen wissen, welches Wissen welche Möglichkeiten der Repressions-Apparate bestimmt, und wie diese scheinbar 'unüberwindliche' Macht zu durchlöchern, zu umgehen ist.

ZU DIESER BROSCHUERE

Diese Dokumentation erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem wir glauben, dass immer mehr revolutionäre Genossen mit dem Problem der Spurenverursachung und den entsprechenden Möglichkeiten zur kriminalistischen Auswertung dieser Spuren konfrontiert werden.

In den letzten Jahren hat sich die politische Situation in den europäischen Metropolen (aus Gründen, über die man geteilter Meinung sein kann und auch ist) so entwickelt, dass viele Aktionen nicht mehr von einer breiten Bewegung getragen, sondern in vielen Fällen von einer geschlossenen Kleingruppe durchgeführt werden; Aktionen, die sich aber trotzdem breit verstehen und auch breite Unterstützung finden. Es gibt heute daher ein bestimmtes (und richtiges) Verhalten von einem Teil von linken Genossinnen und Genossen, die sich einerseits in einer offenen Agitationstätigkeit persönlich engagieren und exponieren, anderseits aber keine Lust haben, sich von den Bullen schnappen zu lassen, wenn sie in der Nacht Parolen malen, einem Bonzen die Luft aus den Autopneus befreien, eine AKW-Baustelle mit einigen Mollis flambieren oder der ITT eine Bombe unter den Arsch stecken. Für sie alle bleibt es das zentrale Problem, dem Klassenfeind den Schaden so zuzufügen, dass er keinen Gegenschlag ausüben kann; d.h. also bei ihren Aktionen keine auswertbaren Spuren zu hinterlassen.

Der polizeiliche Einsatz von Technik, Wissenschaft und Forschung zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft hat in den letzten Jahren enorme Fortschritte erzielt. Wenn heute in Europa die Polizei-Karteien auf Computer übertragen werden, so ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die "Europa-Polizei" (nicht nur informell) eine Tatsache ist. Die europäische Antiterrorismus-Konvention ist nur der Anfang dieser Entwicklung. In England wurde bereits 1973 (um die öffentliche Meinung zu testen) die Frage aufgeworfen, ob es "zum Schutze des Staates" nicht besser wäre, allen britischen Staatsbürgern bereits im voraus die Fingerabdrücke zu nehmen. Auf dem Gebiet der "Verbrechensaufklärung" hat



Rekonstruktion eines kompletten Zehnfinger-Abdrucksatzes aus digitalen Daten. Computerisierte Abdrücke sind als absolut richtig, mit Toleranzen oder als Eventualmöglichkeit (bei unvollständigen Abdrücken) vergleichbar.

vor allem der Sachbeweis, d.h. die Aussagekraft materieller Spuren, durch den Einbezug und die Weiterentwicklung der Naturwissenschaften eine ausserordentliche Bedeutung erlangt. Vieles ist heute zur "Spur" geworden, was vor wenigen Jahren mangels Wissensgrundlage und Methoden noch nicht erfasst worden ist. Diese Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen.

Es genügt also nicht mehr, dass wir uns mit ein paar Fachkenntnissen aus Krimis oder auf Grund vager Erzählungen ein Bild über das Wissen und Können des Feindes machen. Ist man einmal direkt mit der neuen repressiven Technologie konfrontiert, ist es vielfach schon zu spät und in dieser Situation kommt man leicht zu Gedanken, dass man gegen einen derart überlegenen "Hüter des Gesetzes" keine Chance hat. Man lernt also lieber einige Regeln vorher, als die Polizei zu unterschätzen.
Das heisst anderseits aber auch nicht, dass wir ihre Methoden und Möglichkeiten überschätzen und uns in die Defensive drängen lassen sollen. Es geht aber auch nicht darum, sich zu sagen: wenn die schon soviel können, dann muss ich von Anfang an zwischen der Rolle eines pazifistischen Wohngemeinschaftskumpels oder der eines untergetauchten Militanten wählen. (Auf die wichtige Frage über den Beweiswert und die Aussagekraft von kriminaltechnischen Gutachten gehen wir im Schlusswort noch ein.) Unserer Ansicht nach geht es heute im Gegenteil gerade darum, sich die ganze Breite unserer möglichen Handlungsfähigkeit, die vom Bürgertum auf den verschiedensten Ebenen systematisch eingeengt wird, immer wieder neu zu erkämpfen und zu erhalten. Konkret heisst das, indem wir die kriminaltechnischen Möglichkeiten der Bullen blosslegen, wollen wir damit eine der nötigen Voraussetzungen offen halten, um auch auf "militärischer" Ebene (oder wie immer man dem sagen will) den Klassenfeind angreifen zu können. Das ist wohl der wichtigste Aspekt für diese Gegenuntersuchung.
Dabei ist uns auch klar, dass die Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie ebenso durch das politische Kräfteverhältnis zwischen den Klassen geprägt ist und sich nicht ausschliesslich auf der kriminaltechnischen Ebene abspielt, obwohl diese (wenigstens bei uns in Europa) sofort sehr wichtig wird, sobald man gewillt ist, sich nicht mehr an die von den Herrschenden diktierten Normen zu halten.
Das polizeiinterne Material, das uns als Grundlage für die vorliegende Arbeit diente, entspricht dem aktuellsten Stand auf dem Gebiete der Kriminaltechnik und Kriminalwissenschaft und besitzt somit für alle westlichen Länder die gleiche Gültigkeit. Trotzdem verstehen wir diese Dokumentation nur als vorläufiges Resultat unserer Untersuchungen.
Natürlich werden die bürgerliche Presse und die Bullen, wenn sie diese Dokumentation einmal in den Händen haben, sofort ein Riesengebrüll loslassen: Diese Arbeit sei ja der Beweis, dass Links = Terror = blinde Gewalt = Unterstützung jeder Gewalt sei. Sie werden sagen, dass diese Arbeit den "Kriminellen" Hinweise gibt, wie man einen Rentner besser überfallen oder einen Wohnungseinbruch sauberer organisieren kann. Mag sein. Unser Argument dagegen ist: Wer ist krimineller? Jemand, der sich am Paradeplatz bei der Schweiz. Kreditanstalt (SKA) 50'000 Franken aneignet und dafür ein paar Jahre ins Zuchthaus muss oder jemand, der in der gleichen SKA Milliarden von illegalen Fluchtgeldern weiterleitet, Steuern hinterzieht, Buchhaltungen fälscht und als Strafe dafür auf einen Verwaltungsratssitz verzichten muss? Wer ist krimineller? Ein Angestellter, der seinem Boss ins Bein schiesst (weil dieser absichtlich Konkurs gemacht hat und ihm den Lohn nicht mehr auszahlen will) oder die Gefängnisdirektoren, die in der Schweiz jeden Monat einen Gefangenen in den "Selbstmord" treiben?
Natürlich wollen wir nicht sagen, dass jede Gewalt akzeptabel ist. Wir finden es auch eine Schweinerei, wenn sich Arbeiter gegenseitig das Zahltagstäschchen stehlen, wenn Frauen vergewaltigt werden oder ein harmloser Geldbote erschossen wird, nur weil es der einfachste Weg war, ihm seine Mappe wegzunehmen. Aber sicher ist es nicht die Polizei, die uns unsere Wertvorstellungen erklären muss.
Ein anderes Problem, das sich während unserer Arbeit gestellt hat, war die Sprache. Bekanntlich wird diese durch die herrschenden Gesellschaftsstrukturen und Wertvorstellungen geprägt. Die Begriffsverkehrung im kapitalistischen Sprachgebrauch zeigt sich bereits im Wortpaar Arbeitgeber/Arbeitnehmer. Die wirklichen Arbeitgeber sind die Arbeiter. Die Kapitalisten sind die Arbeitnehmer. Der kapitalistische Unrechtsstaat heisst Rechtsstaat und seine Illegalität heisst Legalität. Während unserer Arbeit, die sich hauptsächlich auf polizeiinternes Material abstützt, tauchten Wörter wie "Täter", "Tatort", "Verdächtiger", "Einbrecher", "Brandstifter" etc, etc. auf. Alles Begriffe, von denen wir schon in früher Kindheit gelernt haben, dass sie etwas Böses, Unrechtmässiges kennzeichnen. Dabei müsste man doch den "Täter", der einem Unternehmer das Auto anzündet oder aus einer Villa Wertsachen klaut, als "Wohltäter" bezeichnen. In den Zeitungen müsste es also in Zukunft heissen: "Der Wohltäter verliess den Wohltatort mitsamt dem Tresor, in dem sich das den Arbeitern gestohlene Geld befand. Vom Rückeroberer des gesellschaftlichen Reichtums fehlt bisher glücklicherweise noch jede Spur". Nun, es gelang uns nicht, für all diese "kriminellen" Begriffe und Redewendungen eine neue, eigene Sprache zu finden. Wir begnügten uns daher lediglich mit "Anführungszeichen".



ACHTUNG Den Preis des Buches haben die Autoren und Verleger (eine unbekannte 'Background GmbH') auf vorläufig Fr. 5.-- angesetzt. Aus naheliegenden Gründen haben sie jedoch kein KONTO angegeben. Stattdessen möge man diesen (oder einen beliebigen) Betrag 'zugunsten einer in der Region tätigen Gefangenenhilfsorganisation überweisen.



ERHÄLTLICH AUCH BEI: s'fräche blatt, postfach 3351, 8031 Zürich

IUPS – INFOS UNTERGRÜNDLICHE PRESSESCHAU

INLAND

Aufgespießt
FR 1.12.77

„Dafür habe ich keine Aussagegenehmigung. Sie sollten diesen Ausschuß vielleicht ein Vierteljahr vertagen, dann sind wir weiter."

Kurt Rebmann, Generalbundesanwalt und bis zum 30. Juni 1977 Ministerialdirektor im Stuttgarter Justizministerium, vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags auf die Frage, wie er sich die Tatsache erkläre, daß Pistolen in die Stammheimer Strafanstalt der Baader-Meinhof-Häftlinge geraten konnten.

BKA warnt Vermieter vor Terroristen

dpa, Wiesbaden

Vor der Vermietung von Wohnungen an Terroristen hat das Bundeskriminalamt (BKA) gestern in einem neuen Fahndungsaufruf gewarnt. Gleichzeitig bat das BKA Vermieter und Nachbarn über verdächtige Umstände unverzüglich die Polizei zu unterrichten. Die Fahndungsexperten wiesen darauf hin, daß Wohnungen als Terroristenunterschlupf vielfach aufgrund von Annoncen in Tageszeitungen ausgewählt werden. Als Mieter seien bisher überwiegend weibliche Bandenmitglieder aufgetreten. Die von den Vermietern verlangten Mieten würden im allgemeinen ohne Verhandlungen akzeptiert, Vorauszahlungen würden auch in erheblicher Höhe und für viele Monate geleistet.

Kritik an Verfassungsschutz-Praxis

Körting schrieb an SPD- und FDP-Fraktionsvorsitzende im Parlament

Der Charlottenburger Baustadtrat Dr. Ehrhart Körting (SPD) hat die Fraktionsvorsitzenden von SPD und FDP im Abgeordnetenhaus, Ehrke und Vetter, aufgefordert, durch einen Gesetzentwurf die Kompetenzen und Auskunftspflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz neu zu regeln. Ausgehend unter anderem von den jüngst bekanntgewordenen Fällen, in denen auch ehrenamtliche Sozialhelfer auf ihre Verfassungstreue überprüft wurden, erklärte Körting, es sei nötig, „den Wildwuchs der jetzigen Verfassungs-Auskunftspraxis" zu beschneiden.

Der Verfassungsschutz habe Materialien zu sammeln und den Senat und den zuständigen Parlamentsausschuß zu unterrichten. In der Praxis sei der Verfassungsschutz „jedoch zu einer Art Selbstbedienungsladen für die Bezirksämter" geworden. Die vorgesehene Regelüberprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst beziehe sich schon lange nicht mehr nur auf besonders wichtige Bedienstete, sondern reiche „bis hinunter zum Hausmeister".

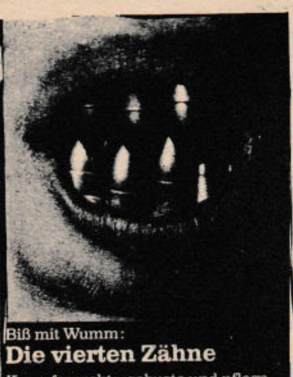
Es scheine nur noch eine Frage der Zeit zu sein, „bis sie bis zum letzten Gartenarbeiter durchgeführt wird, damit keine verfassungsfeindlichen Rosen gepflanzt werden". Bedenken gegen „eine exzessive Nutzung des vom Verfassungsschutz für Staatsschutzzwecke und nicht für Einstellungszwecke gespeicherten Materials verstärkten sich laufend", kritisierte Körting. TSP. 1.12.77 (Tsp)

Verena Becker und die Baader-Akten

Stuttgart (dpa). Am zweiten Verhandlungstag im Prozeß gegen die mutmaßliche Terroristin Verena Bekker hat das Stuttgarter Oberlandesgericht eine überraschende Entdeckung gemacht: In den privaten Unterlagen der Angeklagten sind amtliche Schriftstücke aus dem Besitz der toten Terroristen Baader und Raspe entdeckt worden. Die Aktenstücke wurden bereits am 15. November bei einer Zellendurchsuchung beschlagnahmt.

Der Gerichtsvorsitzende Fischer beantragte die sofortige Versiegelung der Dokumente. Nach seinen Worten können die Aktenstücke nur in den Besitz von Frau Becker gelangt sein, „wenn da irgendwo eine undichte Stelle ist".

Nachdem Frau Becker das Gericht erneut heftig beschimpft hatte, wurde sie für vier Tage von der Verhandlung ausgeschlossen. ABEND 30.11.77



Biß mit Wumm:
Die vierten Zähne
Kampferprobte, robuste und pflegeleichte Ausführung im markanten GSG-9-Design.

Union legt neue Dokumentation über Terrorismus vor

HEINZ VIELAIN, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihren Abgeordneten einen „Kalender des Schreckens" mit Zitaten der Schriftsteller Heinrich Böll, Günter Grass und Günther Wallraff sowie des Theologen Helmut Gollwitzer und des Psychologen Alexander Mitscherlich zugestellt. Es handelt sich dabei um eine 30 Seiten umfassende Dokumentation über den Terrorismus und seine Begleiterscheinungen. Die Union versucht in dem Papier auch wieder nachzuweisen, daß Spitzenpolitiker der Regierungsparteien den Terror in der Bundesrepublik lange verharmlost haben.



AUSLAND

PARIS UNTERWIRFT SICH DEM FÜHRER-STAAT

Mittwoch 2.11.

Paris, 2. November 13.00 Uhr. Wir stehen im Palais de Justice vor der Tür zum Verhandlungsraum, wo ab 14 Uhr über Auslieferung oder Asyl von Klaus Croissant beschlossen werden soll. Die Flics haben links und rechts der Tür Abschrankungen aufgestellt, wie eine Herde Schafe auf dem Weg zum Schlachthof warten wir hinter den Gittern auf Einlass, links Zuhörer - rechts Journalisten und Verteidiger (!!). Nach einer Stunde stehen so 120 Leute in den 2 Laufgittern - ca. 50 Zuschauer (praktisch alles 'Sympathisanten'), 30 Journalisten und etwa 40 Anwälte in Robe. Zu der ja recht beachtlichen Zahl von Verteidigern ist folgendes zu sagen: allein in Frankreich haben über 60 Anwälte das Mandat von Klaus (z.T. natürlich rein formal, d.h. aus Solidarität), anwesend sind auch Anwälte aus Spanien, Italien, BRD und Holland. 15 Anwälte werden vor Gericht als Verteidiger ihre Plädoyers halten, der Rest will vom Zuschauerraum aus den Prozess mitverfolgen. Offenbar aus Angst vor einem gewaltsamen Sturm auf den Saal werden die bisher 4 vor dem Saal lungernden Bullen um weitere 10 verstärkt und kurz danach die Anwälte und der grösste Teil der Journalisten in den Saal gelassen. Oh, fast hätt ich es vergessen, 4 Leute aus dem Publikums-Laufgitter durften gnädigerweise in den Saal. Der Verdacht, der grösste Teil des Gerichts sei mit Zivilbullen gefüllt, lag natürlich ziemlich auf der Hand.

Ausschluss der Oeffentlichkeit, von der BRD gefordert, nach französischer Art durchgeführt. Wir zwei, extra von Zürich nach Paris gefahren, gehörten natürlich nicht zu den Vieren.

Plötzlich erschallt ein riesiges Gelächter und Pfeiffen aus dem Saal. Wie wir später erfahren haben, sprach der Richter den Klaus 'aus Versehen' mit 'Monsieur Baader' an. Im Laufe des Nachmittags liessen die Bullen noch etwa 5 Leute rein, um 19 Uhr endlich, nach 6-stündigem Warten waren wir an der Reihe. Pass zeigen, recht oberflächliches Filzen und rein in den bumsvollen Saal. Bummsvoll von dynamischen, mit Einheitsfrisuren versehenen 20-25-jährigen Kerlen - die Schweine belegten rund 3/4 der Stehplätze. Von den 15 Anwälten haben 8 ihr Plädoyer bereits gehalten, eine spanische Anwältin ist am reden. Da unsere Französisch-Kenntnisse eher schlecht als recht sind, verstanden wir nur so im grossen und ganzen, was sie sagte. Danach sprachen ein Italiener, ein Deutscher (Heldmann, der zum Glück sein Plädoyer auf deutsch hielt) und ein Franzose (de Felice). Hauptinhalte der Reden:

a) wenn Klaus ausgeliefert wird, bedeute dies letztendlich einen Schlag für alle europäischen Anwälte, weil damit den betreffenden Regierungen ein Freipass für das Kriminalisieren und Einknasten engagierter Anwälte (die nicht mehr und nicht weniger als ihre Pflicht täten, nämlich Information und Kommunikation ihrer Mandanten zu gewährleisten) gegeben werde.

b) Klaus im jetzigen Zeitpunkt, wo 'der Selbstmord in den deutschen Gefängnissen aufs unwahrscheinlichste grassiert' (ein Anwalt) in die BRD auszuliefern, bedeute nichts anderes als ein Todes-Urteil. (Dies wurde allerdings nicht so explizit, aber sinngemäss gesagt).

c) Frankreich sei ein Land mit Tradition in Sachen politischem Asyl, diese solle mit dem Fall Klaus Croissant nicht zerstört werden.

Schily, Dumas etc. haben wir nicht gehört, da wir um 21 Uhr gegangen sind. Im Glauben, der Prozess sei auf den nächsten Tag neu angesetzt worden. Wie nachher aus der NZZ zu entnehmen war, handelte es sich bloss um eine Pause, die Verhandlung dauerte bis 01 Uhr (na ja, hat halt ihre Tücken, die französische Sprache...)

Mittwoch 16.11.

FRANKREICH UNTERWIRFT SICH DEM 'FUEHRER'-STAAT BRD
und verurteilt Klaus Croissant
zur AUSLIEFERUNG / TODESSTRAFE

Man muss sich schon fragen, welchen 'zwingenden' ökonomischen und politischen Verzwackungen mit der BRD der französische Staat aufgesessen ist, wenn er sich, allen vernünftigen, menschenrechtlichen und 'innenpolitischen' Argumenten zum Trotz für die Auslieferung von Klaus Croissant entscheidet...

Wo bleibt da, fragt man im ersten Moment, das autonome, unbestechliche Frankreich innerhalb der EG, so wie man es bestens kennt aus der Aera de Gaulle?

Die politische und ökonomische Durchdringung durch dieses neue 'Deutschland, Deutschland!' muss schwer wiegen, offenbar. So schwer nämlich, dass der sich abzeichnende Zustand starker Militarisierung der politischen Linken (und das sind in Frankreich, nicht nur die 'Autonomen') ohne weiteres in Kauf genommen wird, dass ein langer und massiv geführter Angriff gegen deutsche Firmen, Institutionen, Autos und Repräsentanten losgeht und weiterfährt, dass die Linke, die Liberalen ihre entsprechenden Kampf- und Protestformen auffahren werden, parlamentarisch, ökonomisch wie organisatorisch (anti-deutsche Org. etc.) dass dieser pro-faschistische Gerichtsentscheid Frankreich auf verschiedensten Ebenen auf den Kopf stellt und punktuell verchaotisiert.

Angesichts dieser kaum erwarteten Rechts-Kurve französischer Staats-Manager erhärtet sich die dunkle Ahnung über die wirkliche Macht der BRDisten in Europa in die Nähe begründeter Angst und Bangesein. Wie wohl, und noch viel mehr, werden die Holländer auf die anstehenden Auslieferungs-Gesuche reagieren... das ist schon beinahe Rhetorik. Wie weit, letztlich, sind die Länder Europas, und im speziellen die in der EG organisierten (inkl. Schweiz und Oesterreich), von der 'Deutschen Gefahr' in ihrer eigenen Substanz durchdrungen, ausgehöhlt?



In Italien waren die Reaktionen auf das Massaker von Mogadischu und die Morde in Stammheim extrem hart und breit. Im allgemeinen glaubte niemand der deutschen Regierung, weder die bürgerlichen Zeitungen noch die KPI, die italienische Partei, die heute vielleich - wegen ihrer Ausrichtung und Mentalitat - der Sozialdemokratie von Schmidt am nächsten steht. Die Bewegung und alle Gruppen sind sofort auf die Strassen gegangen und haben Demonstrationen gemacht, an denen zehntausende von Genossen teilnahmen. Während dieser Demonstrationen sind Dutzende von deutschen Büros, Firmen und Fabriken angegriffen und total oder teilweise zerstört worden. Dutzende von deutschen Autos und Cars sind angezündet, mit Stangen zerstört worden, oder wie in Genua, ins Meer geworfen. Dutzende von nächtlichen Attentaten gegen die gleichen Ziele sind während einiger Wochen erfolgt. Die Roten Brigaden haben drei Exponenten der Christdemokraten in die Beine geschossen und haben erklärt, dies im Auftrag der RAF zu tun. Ueberhaupt gab es viele Attentate gegen Büros und Autos bestimmter Christdemokraten in diesen Wochen.

Die Gründe für diese 'antideutsche' Wut sind sicher vielfältig. Im allgemeinen muss man wohl sagen, dass die Italiener die Entführung von Kappler durch deutsche Geheimdienste noch gar nicht verdaut haben. Bei jener Gelegenheit hatte sich die italienische Regierung geweigert, eine geplante Reise Schmidts nach Italien aufrecht zu erhalten. Sie sollte auf Anfang November verschoben werden und wäre dann etwa in die Woche nach den Ereignissen von Mogadischu und Stammheim gefallen. Die Abgeordneten der Democrazia Proletaria hatten die Regierung gewarnt, dass ein Besuch Schmidts nicht toleriert würde: indem sie auf die Strasse ging, hat die Bewegung der Regierung zu begreifen gegeben, was ihr dieser Höflichkeitsbesuch kosten würde. Offiziell ist der Besuch nicht verschoben worden, aber bis jetzt hat man Schmidt in Italien noch nicht gesehen.
Ausser diesen zufälligen Gründen gibt es sicher noch wichtigere Motive, die die Kraft der Antwort der Bewegung erklären. Für die italienischen Genossen bedeutet Deutschland vielerlei. An erster Stelle ist es jenes Land, das Italien grosse Wirtschaftskredite gewährt, die mit Forderungen der Normalisierung der Arbeiterkämpfe und der politischen Situation verknüpft werden. Darum erhält die Diskussion über die 'Germanisierung' in Italien eine besondere Bedeutung, denn die Deutschen wollen ja mit ihrem Kapital auch ihr 'Modell Deutschland' exportieren. In Italien wird diese Operation über die 'Sechservereinbarung' (zwischen sechs Parteien, die etwa 90% der Wähler vertreten), die durch Christdemokraten und KPI angeführt wird, durchgeführt, die die KPI an die Regierung bringen und so der institutionellen Opposition jeden Spielraum rauben soll. Wenn einmal der Bereich jener, 'die das Recht haben, in der Politik etwas zu sagen', abgegrenzt ist, ist es dann leicht, jene zu isolieren, die dazu kein Recht mehr haben und es kann dann jeder kriminalisiert werden, wenn er trotzdem darauf besteht. Die 'Sechservereinbarung' ist geschlossen worden auf der Grundlage der neuen Massnahmen für die öffentliche Sicherheit und einer klaren Definition der erlaubten Grenzen der Arbeiterkämpfe, die die KPI in den Gewerkschaften durchsetzen soll.

Ueber diese Vereinbarung stellen die 'Regierenden' ihre Einheit her, jenseits aller Etiketten, die sie sich umhängen, und sind sie bereit gegen die Kampfbewegung vorzugehen.

Aber die Bewegung erweist sich als grosser Spielverderber gegenüber den Unternehmerplänen und als nicht leicht zu schlagender Gegner. Sie ist im Februar als 'Studentenbewegung' ausgebrochen, hat das Feld während einiger Monate auf den Plätzen in ganz Italien behauptet, ist dort gestoppt worden, aber nicht geschlagen, und nur mit riesigen Polizeieinsätzen.

Momentan auf den Plätzen gestoppt, erscheint sie wieder als 'proletarische Patrouillen', die die Zentren der Schwarzarbeit und der Streikbrecherei angreifen, als bewaffnete Kommandos, die Journalisten, Christ-Demokratische Politiker, Fabrik-Direktoren, Chefs und Landbesitzer bestrafen, Fabriklagerhallen anzünden, 'öffentliche' und private Polizisten entwaffnen. Die Bewegung versetzt die ausserparlamentarischen Gruppen in die Minderheit, um die Autonomie als Organisationsform zu wählen. Nach der Sommerpause findet sie sich verstärkt in Bologna wieder (siehe 'Blatt' 14), erobert sie die Plätze um die faschistischen Büros und Bars wegzuräumen, greift sie die Christdemokratie an: kaum hat sie damit angefangen, findet sie sich schon konfrontiert mit den 'europäischen Polizisten' Schmidts.

DRUCK:ROPRESS
Verantwortlich:
K.Appler

DIE FALLE

eine Auseinandersetzung

mit der AAO

Erstmal muss ich sagen, ich hab das Buch in einem Rutsch durchgelesen, hab mich manchmal stinkig geärgert, manches fand ich unheimlich gut. Es ist von Leuten geschrieben, denen du ihre Betroffenheit anmerkst, in jedem Satz. Da ist nichts abgehobenes, abstraktes, laberndes. Da kommt raus, was für Sehnsüchte diese menschen dazu gebracht haben, zur AA zu gehen. Und wie mit diesen Sehnsüchten umgegangen wird dort. Da hab ich endlich mal begriffen, wie jemand dazu kommen kann, dorthin zu gehen. Und auch, wie schwierig es ist, wieder davon weg zu kommen. Was mich geärgert hat, dass die Leute, die das geschrieben haben, noch so nah dran sind an dem ganzen, dass teilweise ihre Art zu denken die gleiche ist, wie in der AA- so kritisieren sie zwar, dass dort alles über Unterwerfunġ und Erniedrigung läuft, aber sie selber verwenden die gleichen Begriffe, die gleichen Denkmuster in der Kritik. -Dass ~~xxx~~ da z.B. im Vorwort steht:
"Die Politik interessiert die einfachen Leute nicht, diese geschieht y "irgendwo da oben" und hat mit dem täglichen Leben nichts zu tun. Das, worum sich die Leute kümmern, ist in erster Linie ihr jeweils eigenes, privates Glück...."
das hat mich rasend gemacht. Weil ich denke, dass es gerade das Problem ist, dass die meisten Leute ständig von irgendwelchen Instanzen vorgeschrieben kriegen, was "ihr Glück" ist- und dass es unheimlich schwer ist, diesen ständigen Glücksbeschreibungen etwas eigenes entgegen zu setzen- wie es überhaupt schwer ist, etwas eigenes zu denken, weil sie uns mit der Sprache auch Begriffe und Theorien einpflanzen, die wir nicht mehr in Frage stellen. Und von daher ist es mir egal, ob die AA eine "Zweierbeziehung" ablehnt, weil sie die "Panzerung" nicht durchbrechen kann- und die Verfasser eine Zweierbeziehung haben und sagen, sie sind glücklich damit, weil die "Panzerung" aufgrbrochen werden kann in der Beziehung. Ich fühle mich durch solche Theorien- in diesem Fall von Wilhelm Reich- gefangen, wenn sie, wie teilweise in dem Buch, zur Grundlage gemacht werden. Ich wehre mich dagegen, dass mir jemand vorschreibt, wie der Prozess meiner Selbsterkennung aussehen soll, in welchen Begriffen sich das ausdrücken soll, was ich täglich über mich erfahre. Vielleicht ist das mein spezielles Problem, aber ich erfahre im Moment alle Beschreibungen von mir, die von anderen kommen, als Gewalt. Und ich habe vor, mir abzugewöhnen, andere zu beschreiben, weil ich das als ungeheure Arroganz begreife. Es sei denn, jemand fragt mich, und ich kann sagen, du, was ich dir sage, ist nur der Augenblick, in dem ich es sage, und nur zum Teil du, zum anderen Teil bin ich es, der da beschrieben wird.
Und dann habe ich auch Schwierigkeiten, diese Propagierung der Zweierbeziehung, so wie es in dem Buch geschieht, zu akzeptieren. Ich kann kapieren, dass es eine Reaktion auf die Zeit in der AA ist, wo Zweierbeziehungen verhöhnt und verboten waren. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, dass Zweierbeziehungen immer eine Reduzierung bedeuten, ein Rückzugsgebiet gegenüber der Gruppe, in der du lebst. Meine letzte Beziehung war ein totales Beispiel dafür: Der Typ, mit dem ich lebte, hat sich mit allen Leuten, mit denen ich mich verstanden habe, verkracht. Er selber hat in den zwei Hahren keine guten Beziehungen zu anderen entwickelt, die einzige, die er hatte, hat er vor mir verheimlicht und versteckt. Er hat also "seinen Schatz gehütet" und ich auch. Anstatt durch eine warme, zärtliche Beziehung Wärme und Liebe zu entwickeln und freizusetzen, passierte das Gegenteil: Die totale Ökonomie des Besitzenden, absichern, abschotten, dicht machen.

Besitz macht einsam und grausam. Freiheit kann nur in der Besitzlosigkeit existieren, jedenfalls in unserer Gesellschaft.
Von daher meine ich, dass das Buch von Leuten geschrieben ist, die im Knast waren, im AA-Knast, und jetzt wieder bei uns sind. Das ist gut. Und jetzt müssen wir zusammen versuchen, auch aus dem rauszukommen, in dem wir jetzt drin sind.

DA WEITER

AUS DER

Unterdrückung und Widerstand-das läuft auch auf dem flachen Lande.Für Sponxtis, die im Hinterkopf immer noch die vagen Fluchtgedanken vom friedlichen Landleben haben, vielleicht mal ganz gut, zu hören, was dort so abläuft. Und westdeutsche Leser mögen sich gefälligst mal überlegen, auf welchen Schleichwegen sie dem INFO mal Infos zukommen lassen können.

In Salzgitter-Bleckenstedt, in Hallendorf, Broistedt und anderen Dörfern im Salzgittergebiet gibts Landkommunen, die sich nicht in erster Linie mit Landwirtschaft, Viehzucht,Kiffen und Astrologie beschäftigen, sondern über AKWs informieren, gegen Atommüll-Lager kämpfen, Öffentlichkeit über Haftbedingungen von Gefangenen herstellen und in einem unabhängigen Kommunikationszentrum mitarbeiten, dem"WILDEN HUHN" in Salzgitter -Lebenstedt.
IM "Wilden Huhn"gibts Filme, Diskussionen, Feten usw.- und da die "wilden Hühner" nicht unbedingt Trauerkleidung tragen, wenn Bundesverdienstkreuzträger ihren Aufsichtsräten nicht mehr zur Verfügung stehen, lief nach Buback und Ponto, verschärft dann bei Schleyer 'ne üble Hetzkampagne gegen die"Hühner".Salzgitters Oberbulle wußte zu berichten"Die Befehle für Salzgitter kommen direkt aus Stammheim",in einer Zeitung machte man aus d[illegible] WG "Prometheus" eine "Terrorkommune",die angst und Sc[illegible]ken verbreitet.Es gab jede Menge Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, immer unter dem Vorwand "Schleyer".Nachdem der Gesuchte sich weder auf ländlichen Plumpsklos noch auf zugigen Speichern finden ließ, schlossen die Bullen z weimal in Nacht-und Nebelaktionen das Huhn und versiegelten den Eingang...trotz aller Hetze-das Huhn gackert weiter, inzwischen gabs ne ziemlich starke Demo und auf einer kirchlichen Veranstaltung mit gut 4oo Leuten fiel die CDU mit ihren Phrasen gegen das Huhn und seine vermeintlichen Unterstützer ziemlich auf die Fresse.

Das"Wilde Huhn" braucht in dieser Situation auch unsere Unterstützung...die Verbotsdrohungen werden am besten dadurch zurückgewiesen, daß das "Huhn" lebt und lebt und lebt...Rockgruppen, Liedermacher, Feuerschlucker u.ä. sind (auch aus Berlin)herzlichst eingeladen, sich mal in Salzgitter zu melden und dort am Wochenende oder so aufzutreten.Benzingeld, Fressen, Saufen, Pennen geht natürlich in Ordnung.Achso, auch [illegible], Filmer usw. können kommen.Und natürlich jeder, der mal vorbeikommt. Das Wilde Huhn ist täglich ab 16 Uhr offen und is in Salzgitter-Lebenstedt, An der Schölke(Altes Dorf).Kontaktadressex für Auftrittswillige ist WG PROMETHEUS, Am Feuerlöschbrunnen 8a, Salzgitter-Bleckenstedt.Tel. 05341/63027.Dort kann man auch das WILDE HUHN-Info erhalten.,bei Bedarf 1.50 in Briefmarken beilegen.

DIE WILDEN HÜHNER BEISSEN, WENN SIE NICHT GERADE SCHL[illegible]N!

SALZGITTER: Kinder werden zu Geständnissen gefoltert

Am 24.November wurde in Salzgitter ein 13 -jähriger Schüler der Hauptschule von den Bullen aus der Schule verschleppt und von der politischen Polizei fast fünf Stunden lang unter ständigen Drohungen mit Jugendrichter, Eltern und anderen Scherereien verhört.Die ~~xxifax~~beamteten Kindesentführer pressten schließlich aus dem total verängstigten Kind heraus, es habe bei der Schleyerbeerdigung die auf Halbmast gesetzte Bundesfahne hochgezogen.Mit weiteren Einschüchterungen zogen die Bullen dann noch den Namen eines etwas älteren Schülers aus dem Kind heraus. ,der nun zum Anstifter gemacht werden soll. Vor seiner Entlassung wurden von dem vermeintlichen Jungterroristen noch Polizeifotos gemacht...es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, wann die Bullen im Kindergarten auftauchen,um beim Indianerspiel abzuchecken, welche Kinder womöglich Sympathien für den indianischen Befreiungskampf haben.

DER ERSTE §88a-PROZESS

WORUM GEHT'S? VORGESCHICHTE

Im August 76 durchsuchte der Staatsschutz im Verlauf einer bundesweiten Aktion 8 Buchhandlungen und 1 Druckerei und beschlagnahmte die Zeitung "Revolutionärer Zorn" Nr.2 und u.a. die Bücher "DER KAMPF GEGEN DIE VERNICHTUNGSHAFT", "HOLGER,DER KAMPF GEHT WEITER" und den autobiographischen Roman "WIE ALLES ANFING" von Bommi Baumann.Der Geschäftsführer der Politischen Buchhandlungen in Bochum und Essen,Thomas K.,war eine Woche in U-Haft in Karlsruhe.Gegen 6 Buchhandlungen,in denen die gleichen Schriften gefunden wurden, sind die Verfahren inzwischen eingestellt worden;die §88a Verfahren gegen die 2 übrigen stehen nun an:

Nach der Vertagung des ersten §88a-Prozesses in Köln wurde im Eilverfahren der Prozesstermin gegen Thomas K. anberaumt.Am 2.,6.und 13.12. soll vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Dortmund, Kaiserstr.24(um 9.00 Uhr) der Beweis geführt werden,daß Thomas K. durch die Verbreitung des "Revolutionären Zorn" Straftaten in verfassungsfeindlicher Weise befürwortet (§88a i.V. mit §126 StGB) und damit gleichzeitig die herausgebende Gruppe,die "Revolutionären Zellen",unterstützt hat (§129 StGB).Die anklagende Staatsanwaltschaft will in der inkriminierten Flugschrift die Aufforderung zu Mord und Totschlag und zum Eingriff in den öffentlichen Strassenverkehr herausgelesen haben und versucht in diesem Prozess,den §88a,der am 1.5.1976 in Kraft trat,erstmals in der Rechtsprechung anzuwenden.

ZENSUR ...

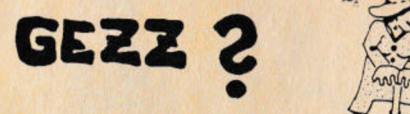
Schon vor dem §88a gab es reichlich staatliche Eingriffe in linke Literatur und andere Medien aufgrund der schon bestehenden Paragraphen: z B die Beschlagnahme des ROTEN KALENDERS 75 wegen der Behauptung,Georg von Rauch sei von der Polizei ermordet worden; die Beschlagnahme eines Rotbuchs mit Texten der RAF,des Bommi Baumann-Buches,verschiedener Ausgaben des BLATT und INFO-BUG,verschiedene Buback-Nachrufe usw..Es gab allein über 1ooo Verfahren gegen kommunistische Zeitungen und Genossen wegen der Behauptung, Günther Routhier sei von der Polizei ermordet worden.
In der letzten Zeit zeichnete sich bei diesen Prozessen eine Verschärfung der Urteile ab:
--- 2 Verteiler einer RAF-Hungerstreikerklärung dürfen als "Sympathisanten" zur Abschreckung ihre Gefängnisstrafen (6 bzw. 9 Monate) nicht auf Bewährung kriegen (BGH-Urteil).
---auch Gerd Schnepel (früher Politladen Erlangen) kriegte 2 Jahre Knast "ohne",für den Druck von "DER KAMPF GEGEN DIE VERNICHTUNGSHAFT" und die Verbreitung eines "ANARCHISTISCHEN KOCHBUCHS".

UND §88a

Gegenstand des §88a ist die "verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten".Der §88a "zeichnet sich aus" durch unklare und schwammige Bestimmungen dieses Straftatbestandes und durch eine sehr klare Eingrenzung der Täter: alle,vom Hersteller bis zum Verteiler/Verkäufer z.B. eines Buches.Diese Charakterisierung zeigt schon die Gefährlichkeit des Paragraphen: fast alle linken Gruppen und Projekte können durch den §88a kriminalisiert werden,weil nach ihm jede Darstellung und Diskussion von Gegengewalt,von Bauplatzbesetzungen bis zu Guerillaaktionen strafbar ist.Und seit Mai '76 wurde der §88a entsprechend "willkürlich" herangezogen:
z.B. wurde das Buch "HAYMARKET" wegen eines Anarchismus-Zitats beschlagnahmt,das in bürgerlichen Büchern über Anarchismus natürlich nie beanstandet wurde.
z.B. wurde die Münchner Stadtzeitung BLATT beschlagnahmt,weil sie die Zeichnung (!) eines Molli-Werfers enthielt.
z.B. sitzen 3 Genossen des "Agit"-Druckkollektivs,weil sie das "Info-Bug" unzensiert druckten.
z.B. sind Rechtsanwalt Arndt Müller und weitere Mitarbeiter des Croissant-Büros inhaftiert,weil bei ihnen Exemplare eines Interviews von "Le Monde Diplomatique" mit den Stammheimer RAF-Gefangenen gefunden worden sein sollen.
Die Reihe von Beispielen ließe sich fortsetzen.

An diesen Fällen wie am Prozeß gegen Thomas K. zeigt sich die Funktion des §88a : der Staat greift sich einige unbequeme Genossen und Projekte heraus, bestraft sie hart und versucht dadurch alle anderen anzupassen, damit sie freiwillig Selbstzensur üben. Über den fast beliebig anzuwendenden §88a soll die Vorverlegung der Zensur in unsere Köpfe erreicht werden, ohne daß die staatlichen Zensurpraktiken offenkundig werden. George Orwell beschreibt in seinem Roman "1984" diese Tendenz so: "Sie müssen den Großen Bruder lieben. Es genügt nicht, ihm zu gehorchen. Sie müssen ihn lieben."

UN GEZZ ?





Und die bisherigen Staatsschutzaktionen haben schon Spuren hinterlassen, ehe es auch nur zu einem rechtskräftigen Urteil gekommen ist: Im August 1976 erklärte der "Verband linker Buchhändler" zum "Revolutionären Zorn" Nr.2: "Es besteht für uns keine Veranlassung, diesen Beitrag, der zu einer umfassenden Information und Diskussion beiträgt, zu unterdrücken." Als im Mai 1977 der "Revolutionäre Zorn" Nr.3 herauskam, legten die VLB-Projekte ihn in der Regel weder offen aus noch wurde er nachgedruckt, ohne daß es über diese Entscheidung eine breite Diskussion gab. Auch bei anderen Büchern und Zeitschriften, bei unseren Flugblättern zeigt sich diese Entwicklung: die Selbstzensur greift um sich, und auf die Dauer werden eine kritische linke Gegenöffentlichkeit und die daraus entstehenden kollektiven Lernprozesse und Handlungsmöglichkeiten unmöglich gemacht, wenn wir uns nicht gemeinsam wehren.

Es kommt jetzt darauf an, die Schwüre: "Wir lassen uns nicht einmachen. Wir werden weiter herstellen, verbreiten, ausstellen, verkaufen, anbieten, zugänglich machen ..!" in die Tat umzusetzen. Eine Möglichkeit ist die gemeinsame Herausgabe beschlagnahmter Bücher wie "Der Kampf gegen die Vernichtungshaft", das nach dem Urteil gegen Gerd Schnepel neu herausgegeben werden soll. Und die Genossen zu unterstützen, die stellvertretend für uns alle angeklagt sind, um weitere Terrorurteile zu verhindern. Und selber die Schriften zu drucken und zu verteilen, die unter die staatliche Zensur fallen. Wir lassen den Sumpf nicht durch ein paar Gerichtsurteile trockenlegen.

Ihr könnt Eure Solidarität mit Thomas K. zeigen, indem ihr zum Prozeß kommt; darüber berichtet; euch an den Aktionen beteiligt, die zum Prozeß laufen werden; Geld locker macht; dem Richter Götte mitteilt, was Ihr von dem Prozeß haltet; und in euren Städten was macht (zusammen und/oder mit einer Srühdose), damit der Prozeß nicht sang- und klanglos über die Bühne geht.

V.i.S.P. und Kontaktadresse: POLITISCHE BUCHHANDLUNG, IM WESTENFELD 22, 4630 BOCHUM, TEL.: 0234/702336

Klein@nzeigen★

Suche _8 Zimmerwohnung Kreutzberg/Neukölln
Conny 2152291

Suche dringend 2-3 zi.Wohnung mit Dusche oder Bad oder WG.für 2 Personen.Evelon Tel.3443409

Suche 2 zi. Wohnung bis 250.-(kalt)
2622507 Albrecht o.Nora
ruf mal an 6928921 (morgens früh)

Kühlschrank zu Verkaufen 200 l Geeignet für Wg. 100.-Tel.6044171.

Wir suchen 2-3 zi.Wohnung Ganz Dringend
Regina 6929372 oder Margit 6146680.

Verkaufe Vollautomatische KLeinbild-Kamara
Olympus Trip Neu 180.- Für100.- Gaby 6258481

Suche jemand der mir im Dez.Klamotten mit nach Düsseldorfn nehmen kann. Tel.6928497 Doris o.Barbera

Verkaufe junge Schäferhunde Rüden_80.-Weibchen 60.-6 Wochen alt Wielibald-Alexsistr 27 HH ;1.ST rechts Beer.

Suche Herrenfahrad 6917537. *****************

Hausprojektgruppe
Wir 3w,4m,3 Kinder möchten noch Leute (mit Kindern) kennen lernen,die am Gemeinsammen Kauf und Bewohnen eines Miethauses inklusive Arbeitsprojekte Stadtteilarbeit interessirt sind.
Neue Kollektive,neue möglichkeiten.Tel.3931645.

Wir,2 Lehrerinnen aus Westdeutschl and suchen ganz dringend 3o4 Zi.-Wohnung mögl. Steglitz, Schöneberg, Tempelhof
Tel: 7813687

Ich gebe Spanisch-Unterricht
Gladys Jara/Moabot 1/21, Flemingstr. 1o HH. 1 St. Links

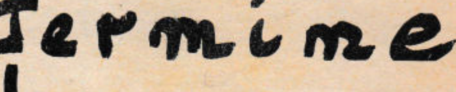
Ich bin 23J. Student aus Mailand und gebe Italienisch-Unterricht,Tel: 2518832

Moni sucht dringend Arbeit m.Kindern. Habe bereits 1 Jahr 1 ang in einer KITA gearbeitet. Wer was weiss kann mich je anrufen. Tel: 6143860

5 Grosse und 2 Kleine Leute suchen
6 -8 Zi. Whng. Tel: 6925833
6925876

Wieland, alter freak, vergiss nicht, die Krankenkasse zu bezahlen'

Tropft Ihr Wasserhahn?
Dann haben Sie Pech.



Hej, Leute, die ROTE RÜBE aus München kommt mit "LIEBE TOD UND HYSTERIE-EIN ZIRKUS" ins Quatier Latin, am So, 4. Dez. bis Sa, Io. Dez., 2o Uhr Eintritt 6.-DM

GRIPS so., 4.I2., I5 Uhr,
"Wasser im Eimer"
am Hansaplatz, Tel.: 391 4o o4

Theater Zentrifuge zeigt
Mysterium Buffo
Die merk-würdigen Abenteuer kleiner Leute auf der Suche nach dem Glück.
Voraufführungen am 2.3.4.Dezember (Karten an der Abendkasse)
Premiere am 8.Dezember
Dann 9.Io. und II. Dezember und Januar 78.
Künstlerhaus Bethanien, Mariannenpl. 2
Berlin 36, Studio I, immer um 2o Uhr.

Achtung!Achtung!
Das Gerücht hatsichbestätigt!!!
Die RAUCHHAUSFETE, jawohl,
RAUCHHAUSFETE!!!!!!!!! findet
am 9. und Io. Dezember statt!!!!

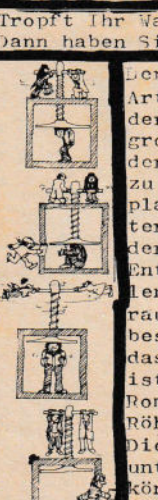
BIRNE- THEATER FÜR KINDER
"Kopf in Sand" (ab 8)
2.12. Io.oo und I5oo,
3.I2. I5.oo im Theater
"Wühlmäuse", Nürnbergerstr. 33

AKTIONSTAG am Io.I2.
Hast du schon eine Idee?
PHANTASIE AN DIE MACHT!

AKADEMIE DER KÜNSTE
"Der Fall Riviere"
Film und Diskussion,
Sa, 3.I2.

KONZERT der SCHMETTERLINGE
"PROLETENPASSION"
So., 4.Dez., "Neue Welt",
Hasenheide, I8 Uhr 3o,
Karten gibts bei Radikal, in den Unis an den Büchertischen des SSB in Kneipen und Buchläden

Am Beispiel Bahro
Bedingungen und Möglichkeiten sozialistischer Kritik in der DDR
Diskussion, Di.,6.Dez.-2o.Uhr im Politischen Buch,
I-I5, Lietzenburgerstr. 99
Tel.: 883 25 53
(Material dazu gibts vorher im Pol Buch)



Der Berliner Filmindustrielle Artur Brauner, eine Art Springer der Flimmerbranche, wittert ein grosses Geschäft darin, das Blut der Toten von Mogadishu zu Geld zu machen. Seine Gesellschaft CCC plant ein Heldenepos der GSG 9 unter dem Titel: "Mogadishu". Besonderer Clou bei dem Projekt: Entführte sollen sich selber spielen..... Was bei diesem Machwerk rauskommen wird, kann man sich noch besser vorstellen, wenn man weiss, dass der gleiche Typ bereits dabei ist, Ulrikes Leben nach dem Lügen-Roman des Provinz-Playboys Rainer Röhl zu verfilmen!
Die Filmgesellschaft ist übrigens unter 3342001 zu erreichen... es könnte ja sein, dass jemand Vorschläge zur Besetzung oder zum Drehbuch hat......



FRAUENFETE
im SPEKTRUM Sa. 3.I2.
Geh da hin, Frau!

